

DR. ALFRED NOSSIG
ZIONISMUS
UND
JUDENHEIT
KRISIS UND LÖSUNG



INTERTERRITORIALER VERLAG „RENAISSANCE“
BERLIN — WIEN — NEW YORK

Interterritorialer Verlag „Renaissance“
Berlin W, Kurfürstendamm 150. — Wien, Schulz-Strassnitzki-
gasse 13. — New York, 105 Madison-Av.
Herausgeber: Davis Erdtracht

Schriften von Alfred Nossig:

Sozialwissenschaftliche und politische Schriften:

- Über die Bevölkerung.** (Dresden, Verlag Kosmos.)
Einführung in das Studium der sozialen Hygiene.
(Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.)
Die Politik des Weltfriedens. (Berlin, Verlag Hermann
Walter.)
Revision des Sozialismus. (Berlin, Akad. Verlag für
soziale Wissenschaft.)
Die moderne Agrarfrage. (Berlin, Akad. Verlag für soziale
Wissenschaft.)

Jüngst erschienen:

- Richtlinien für ein Programm des Weltsozialismus.**
(Interterritorialer Verlag „Renaissance“.)

Schriften über das Judentum:

Neuerdings erschienen:

- ZUR LÖSUNG DES PALÄSTINAPROBLEMS.** Vorschläge
für die Friedenskonferenz und den Völkerbund.
(Wien, Verlag R. Löwit.)
POLEN UND JUDEN. Die polnisch-jüdische Verständi-
gung. Mit einem Vorwort von Davis Erdtracht. (Inter-
territorialer Verlag „Renaissance“.)

* * *

INTEGRALES JUDENTUM

**Vom integralen Programm der jüdischen Bewe-
gung. — Der Wiederaufbau Palästinas.**

Sozialismus und Mosaismus.

(Interterritorialer Verlag „Renaissance“.)

Der Autor rekonstruiert in dieser Schrift den vollen Ideen-
gehalt des altjüdischen Bundes: die nationalen Aufgaben
und die Menschheitsaufgaben. Vom Standpunkt dieses inte-
gralen Judentums wirft er neues, klärendes Licht auf alle
schwebenden Hauptprobleme: den Aufbau Palästinas, die
Lage der Judenheit in der Zerstreung, ihr Verhältnis zum
Sozialismus und Bolschewismus.

Ergänzung zur Schrift „Zionismus und Judenheit“.

Dr. Alfred Nossig

ZIONISMUS UND JUDENHEIT

Krisis und Lösung



1 9 2 2

Interterritorialer Verlag „Renaissance“
Berlin — Wien — New York

Herausgeber: Davis Ertracht



Sämtliche Rechte vom Herausgeber vorbehalten.
Copyright by Interterritorial Publishing Concern „Renaissance“
Berlin — Wien — New York.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Abschnitt.

Die Lage der Judenheit und ihre Ursachen. Judenheit und Zionismus.

	Seite
I. Die Lage.	
1. Der XII. Zionisten-Kongreß und die Lage	5
2. Die Situation in Palästina	6
3. Die Situation in der Diaspora	9
4. Nochmals der Zionisten-Kongreß und die Lage	11
II. Die Ursachen.	
1. Ursachen der Palästina-Krisis	13
2. Die Rolle der Führer	20
3. Ursachen der Lage in der Diaspora	21

Zweiter Abschnitt.

Richtlinien einer Reformaktion.

I. Neue Wege.	
1. Der Geist der Bewegung	24
2. Mäßigung und Einheit	24
II. Neue Palästina-Politik.	
1. Die nächsten Aufgaben	25
2. Neue Programmformulierungen	26
3. Neue Organisationsformen. Zionistische Organisation und jüdische Organisation	28
4. Die Verteilung der Funktionen	31
5. Das Verhältnis zu den Arabern	34
6. Die Neutralisierung Palästinas	36
7. Methoden des Palästina-Aufbaues	39
8. Erziehung für Palästina	46
III. Neue Diaspora-Politik.	
1. Die politische Arbeit der Landesvertretungen	48
2. Die ausländische Intervention. Die „Jüdische Organisation“ und die Diaspora-Politik	52

Dritter Abschnitt.

Seite

Die Durchführung der Reformaktion.

I. Dringlichkeit der Abhilfsmaßnahmen	57
II. Schwierigkeit einer Kursänderung	57
III. Möglichkeit und Aussichten eines Umschwungs	59
IV. Taktik und Organisation der Reformaktion.	
Der Neuzionismus.	
1. Einheit, nicht Spaltung	60
2. Der Block der Neuzionisten	61
3. Die Umgruppierung der Aktiven	63
V. Krisis und Lösung	65
<hr/>	
Entwurf eines Reformprogrammes	70
Nachwort. Die zionistische Opposition	72

Erster Abschnitt.

Die Lage der Judenheit und ihre Ursachen.

Die Judenheit und der Zionismus.

I. Die Lage.

1. Der XII. Zionisten-Kongreß und die Lage.

1. Die zionistische Bewegung, gleichzeitig aber auch die ganze bewußte Judenheit, sind zurzeit in eine ernste und bedrohliche Lage geraten, die man nur mit einer Sackgasse vergleichen kann. Sie können nicht vorwärts kommen, aber auch der Rückzug scheint ihnen abgeschnitten zu sein. Diese Situation tritt uns sowohl in Palästina, als auch in der Diaspora, insbesondere im europäischen Osten entgegen.

2. Wer die Bedeutung des XII. Zionisten-Kongresses als erster großer Versammlung von Vertretern der interterritorialen Judenheit nach dem Weltkriege richtig zu würdigen verstand, der hat die Beratungen dieses Kongresses mit der bangen Sorge verfolgt, ob auch die ganze Schwere und die ganze Tragweite der heutigen Gestaltung der Verhältnisse den Anwesenden klar geworden ist.

3. Gewiß stand der XII. Zionisten-Kongreß, dem man nach der Balfour-Deklaration eine rauschende Jubelstimmung vorausgesagt hätte, im Zeichen der Depression. Zwei Momente hatten beunruhigend gewirkt: Der innere Riß, die Spaltung in der Amerikanischen Föderation und die feindselige Haltung der Araber. Von einer vollen Erfassung der Tragik des historischen Momentes aber waren die meisten Redner weit entfernt. Nur in den Aeüßerungen der Palästina-Delegierten zitterte ein Widerhall der wirklichen Situation. Im allgemeinen aber machte sich im Verlauf des Kongresses ein gewisser Interessengegensatz bemerkbar,

derselbe, der in der ganzen bisherigen zionistischen Politik eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat: Die Rücksicht auf die Erhaltung der Massen in gehobener, vertrauensvoller Stimmung, kollidiert mit der Pflicht der rücksichtslosen Aufdeckung der Lage. Das Bestreben, die Bewegung und die Organisation zu stärken, verhindert radikale Aenderungen der Taktik, die allein zum Heil führen könnten. Die Bewegung wird zum Selbstzweck auf Kosten des Zweckes der Bewegung.

4. Wenn man nach den sichtbaren Ergebnissen des Kongresses, insbesondere nach den Wahlen zu den leitenden Körperschaften urteilen soll, so hat die Gruppe, welche die wahre Lage nicht sieht oder im Hinblick auf den eben gekennzeichneten Interessenkonflikt nicht sehen will, wieder den Sieg errungen. Von offizieller Seite sind also Enthüllungen und Reformen nicht zu erwarten. Um so mehr erwächst für die unabhängige Kritik die Pflicht, die jüdische Allgemeinheit über die Gestaltung der Dinge aufzuklären, vor den Gefahren, denen wir entgegengehen, zu warnen und auf die Abhilfsmittel, die uns zu Gebote stehen, hinzuweisen. Es gilt, die volle Wahrheit zu sagen, selbst um den Preis der Unpopularität.

2. Die Situation in Palästina.

5. Für alle Einsichtigen ist es heute schon klar: Trotz der formellen Sanktionierung des Baseler Programms durch die Balfour-Deklaration und die Beschlüsse von San Remo hat die neue politische Konstellation in Palästina den jüdischen Heimstättebestrebungen nicht nur die erhoffte, bedeutende Förderung nicht gebracht, sondern bedroht sie mit temporärer Erdrosselung.

6. Diese Konstellation hat nicht dem jüdischen, sondern dem ihm feindlich gegenüberstehenden arabischen Einflusse ein Uebergewicht in den Palästinafragen und den diesbezüglichen Entscheidungen Englands gesichert. Es ist nicht schwer, die Ursache dieser Erscheinung zu begreifen. Unter der türkischen Herrschaft waren die Araber gedrückt und besaßen keine politische Macht. England hat die Araber „vom Türkenjoch befreit“ und ihnen eine Art von Unabhängigkeit zugesagt. Diesen Versprechungen muß es um so eher nachkommen, als bei der Verschiebung der Souveränitätsverhältnisse die früher zur Türkei gehörigen arabischen Provinzen in das ungeheure afrikanisch-asiatische Kolonialreich Großbritanniens sich einfügten, das der Schutzmacht

als ein in vielen Hinsichten einheitliches und solidarisches Gebilde gegenüber steht. England ist gezwungen, auf die Wünsche dieser riesigen arabisch-islamischen Menschenmasse, die sich von Aegypten bis nach Indien erstreckt, Rücksicht zu nehmen. Das haben die palästinensischen Araber bei der heutigen Konstellation vor den Juden voraus: daß sie die eigentliche, bodenbesitzende Landesbevölkerung sind und daß enorme, unmittelbar anstoßende Gebiete mit ihren Aspirationen sich solidarisieren.

7. Diese Aspirationen, welche heute schon unverhüllt auf die Annullierung der Balfour-Deklaration ausgehen, treten um so kühner auf, weil sie von mächtigen Faktoren ermuntert werden. Es ist kein Geheimnis, daß Frankreich und der Vatikan den englischen Plan der Errichtung einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina trotz aller offiziellen wohlwollenden Erklärungen bekämpfen. Mag England die Verwirklichung der Balfour-Deklaration noch so nachdrücklich verteidigen, die Araber werden ihre Kampagne nicht aufgeben, denn sie betrachten die ganze Schutzherrschaft nur als Provisorium. Ihre Führer halten den Einfluß Englands auf der islamischen Länderbrücke schon heute für erschüttert. Sie verweisen darauf, daß Aegypten sich bereits von England politisch emanzipiert hat, daß Indien mächtig an seinen Banden rüttelt und daß der Bolschewismus planmäßig und mit unleugbarem Erfolg die Grundlagen der englischen Schutzherrschaft unterminiert. Sie rechnen daher stark mit der Möglichkeit, daß, bei entsprechender technisch-militärischer Vorbereitung eines Aufstandes von Kairo bis Bombay, England nicht in der Lage sein wird, diesen Teil seines Weltreiches zu behaupten.

8. Wenn ich auf diese politischen Kombinationen der England feindlich gesinnten Araber hinweise, so muß ich mich gleichzeitig aufs Nachdrücklichste gegen die Unterstellung verwahren, daß auch uns Juden die englische Schutzherrschaft unerwünscht sei und daß wir ihre Beseitigung in Rechnung ziehen.

Diese Eventualität, die die panarabische Politik ernstlich ins Auge faßt: daß England die nächste Großmacht sein dürfte, der bedeutende Besitzinbußen drohen, und daß dieser Zusammenbruch in Vorderasien erfolgen dürfte — die große Hoffnung der Araber — kann uns nur mit größter Sorge erfüllen. Bei dem Sturz der Türkenherrschaft schienen hellere Perspektiven sich zu eröffnen, da unter allen Umständen ein westeuropäisches Protektorat

zu erwarten war. Mit dem Fall der englischen Schutzherrschaft dagegen würde für absehbare Zeit die letzte Chance der Juden in Palästina geschwunden sein, wenn es uns nicht gelänge, durch wirklich zweckentsprechende Mittel unsere Position bis dahin erheblich zu stärken. Denn auf diese Schutzherrschaft kann nach menschlicher Voraussicht nur die Unabhängigkeit der arabischen Gebiete folgen. Unsere Politik muß unter allen Umständen darauf gerichtet sein, England das Fortbestehen seines Patronates und die Ausübung eines wirksamen Schutzes zu erleichtern.

9. Angesichts der gegenwärtig außerordentlich schwierigen Lage Englands den Arabern gegenüber sind bei der zweifellos bevorstehenden weiteren antijüdischen Kampagne der letzteren vorläufig starke Repressionsmittel seitens der englischen Verwaltung kaum zu erwarten. Viel wahrscheinlicher ist es, daß, wenn wir selbst nicht erfolgreiche Abhilfsmittel politischer, nicht militärischer Art ins Werk setzen, die Engländer auch bei freundlichster Gesinnung für uns gezwungen sein werden, das kleinere Interesse dem größeren zu opfern. Es darf uns nicht überraschen, wenn der jüdische Generalgouverneur durch einen christlichen ersetzt wird und wenn dann eine Periode beginnt, in der von dem Plan der „jüdischen Heimstätte“ immer mehr preisgegeben wird. Es kann dahin kommen, daß die jetzt „rationell geregelte“ Einwanderung vollständig unterbunden wird. Ja, es gehört nicht zu den Unmöglichkeiten, daß die Araber, durch die nachsichtige Haltung Englands ermutigt, der „jüdischen Gefahr“ in radikaler Weise ein Ende machen, indem sie unseren geringen Besitzstand in Palästina gewaltsam vernichten.

10. Nun gäbe es wohl ein Mittel, welches nach allgemeiner Auffassung alle Schwierigkeiten mildern, alle Gefahren verringern könnte. Das wären bedeutende Fonds, die uns gestatten würden, nicht nur den Bodenerwerb und die Niederlassung in tunlichster Ausdehnung und möglichst raschem Tempo vorwärts zu bringen, sondern auch England hinsichtlich der Verwaltungskosten zu entlasten und die Araber durch finanzielles Entgegenkommen zu gewinnen. Es gehört aber zu den wesentlichen Momenten unserer kritischen Lage, daß dieses nächstliegende Mittel zur Stärkung der jüdischen Position in Palästina, infolge der gegenwärtigen wirtschaftlichen und Valuta-Verhältnisse uns in der erforderlichen Höhe auch nicht im Entferntesten zur Verfügung steht.

11. Der Weltkrieg, welcher uns Palästina in gewissem Sinne geöffnet hat, hat es uns in anderem Sinne wieder verschlossen. Gerade um die Zeit, da wir dort am intensivsten arbeiten sollten, ist Palästina den Ländern von hoher Valuta angereicht worden, während die Mehrzahl der Gebiete, welche bis jetzt die Fonds für die Palästinaarbeit lieferten, von einem beispiellosen Valutasturz betroffen sind. Die einzige gutsituierte und valutastarke Gruppe, die amerikanische, ist durch die unablässigen Opfer für Osteuropa erschöpft, durch die Gestaltung der Dinge in Palästina schwer enttäuscht und durch die Spaltung innerhalb der zionistischen Föderation in ihrer Aktivität behindert.

12. So könnte man die Lage in Palästina kurz in der Weise charakterisieren, daß von den beiden Kontrahenten des Abkommens, das der Balfour-Deklaration zugrunde liegt, heute keiner in der Lage ist, das zu erfüllen, was der Gegenpart von ihm erwartete. Für England besteht die Lösung dieser peinlichen Verwicklung darin, daß es uns mit kühlem Bedauern erklärt: „Ihr müßt euch mit den Arabern direkt verständigen.“ Die Aussichten für die so lang erhoffte „Konzentration in Palästina“ sind also recht trüb.

3. Die Situation in der Diaspora.

13. Während auf der einen Seite die Palästina-Hoffnung versagt, gestaltet sich auf der anderen Seite die Lage der jüdischen Diaspora-Gruppen, besonders im Osten Europas, immer kritischer.

Die Hindernisse, auf die die Palästina-Bewegung stößt, bleiben nicht ohne empfindliche Rückwirkung auf die Verhältnisse dieser Gruppen. Aber auch andere Umstände haben ihre Lage erheblich verschlimmert.

14. Jahrzehntelang hat man die These verfochten, daß durch die baldige Formung eines jüdischen Zentrums in Palästina den jüdischen Massen des Ostens nicht nur ein neues Abflußgebiet sich eröffnen, sondern auch ein moralischer Stützpunkt und eine schützende Autorität erwachsen wird. Im Zusammenhange mit dieser Ansicht hat man mit allen Propagandamitteln auf die Erweckung und Stärkung des jüdischen Nationalbewußtseins hingearbeitet. Die Ostjuden hingen begeistert an dieser Hoffnung. Aber auch die Völker, in deren Mitte sie lebten, gewährten der Palästina-Idee Kredit und tolerierten die jüdische Nationalbewegung in der Voraussetzung, daß ihre logische Konsequenz die Massenauswanderung der Juden bilden würde.

Insbesondere in den letzten Jahren vor dem Weltkriege verhandelten die Zionisten im Osten mit ihren christlichen Mitbürgern gewissermaßen im Tone eines Volkes, das seine Position im Lande aufgegeben hat und sich zum Exodus rüstet.

15. Die Palästina-Enttäuschung hat nun mit einem Schlage die Situation der Ostjuden gänzlich geändert. Es war wie die Ernüchterung nach einem Traum. Nun werden die zionistischen Massen von den sie umgebenden Völkern und deren Regierungen als enorme, national-jüdische Gruppen betrachtet, die das Land keineswegs zu verlassen gedenken. Die Führer der Palästina-Bewegung werden nun zu Vorkämpfern der national-politischen Rechte der Juden in ihren jetzigen Heimatsländern. Sie führen diesen Kampf vielfach in derselben leidenschaftlichen, erbitterten, ja herausfordernden Weise, wie sie früher die Palästina-Idee vertraten. Es ist selbstverständlich, daß dies die ostjüdischen Gruppen den nationalen Majoritäten immer mehr entfremden muß.

16. Dazu kommt, daß der Weltkrieg in seinen verschiedenen Auswirkungen die Spannung zwischen den herrschenden Majoritäten und den Juden ohnehin außerordentlich verschärft hat. Nicht nur das Sinken des Kulturniveaus, die Verrohung des Denkens und Empfindens des Durchschnittsmenschen spielen hier eine Rolle, sondern auch die Tatsache, daß aus den Bestandteilen der zertrümmerten Großmächte eine Reihe von kleineren Nationalstaaten geformt wurde. Der gesteigerte Chauvinismus fachte in diesen Staaten die seit jeher bestehenden anti-jüdischen Stimmungen mächtig an. Unter dem kombinierten Einfluß aller dieser Faktoren reifte im Osten ein Antisemitismus bedrohlichster Art, der sich einerseits in furchtbaren Pogromen, andererseits in einer planmäßigen Kampagne äußert, die auf die Hinausdrängung der Juden aus allen wirtschaftlichen Positionen und letzten Endes aus ihren jetzigen Wohnstätten gerichtet ist.

17. Und wiederum sind wir hier durch eine Antinomie des Weltkrieges betroffen. Während gewisse seiner Wirkungen die Juden des Ostens aus ihren Heimatsländern hinausdrängen, verschließen ihnen andere alle Auswanderungsmöglichkeiten und zwingen sie, in der Gehenna zu bleiben. Denn nicht nur Palästina scheidet heute als Abflußgebiet aus: Die wirtschaftlichen Bedingungen machen auch die Ueberseereisen und die Niederlassung in den früheren großen Einwanderungsgebieten für erhebliche Gruppen der

Ostjuden zur Unmöglichkeit. Das ist die Sackgasse der Diaspora.

18. Wie sehr die Juden auch in der Ukraine und in Polen leiden mögen, die düsterste Perspektive entrollt sich für sie in Sowjet-Rußland. Nicht genug daran, daß der Bolschewismus die einst so blühende russische Judenheit gänzlich ruiniert hat, droht ihr nach dem Sturz des jetzigen Regimes infolge der starken Beteiligung von Juden oder Exjuden an der kommunistischen Schreckensherrschaft eine Katastrophe von nie dagewesenen Dimensionen.

19. Eine Erscheinung, die zum Nachdenken zwingen sollte: Die Vertreter populärer, aber extremer Richtungen entgegengesetzter Art innerhalb der Judenheit haben ihr schlechte Dienste erwiesen. Auf der einen Seite die extremsten Nationalisten, auf der anderen Seite die extremsten Anti-Nationalisten.

Am verhängnisvollsten aber wird die Wirksamkeit der extremen Elemente dort, wo ihre verschiedenen Richtungen auf dem Boden eines gemeinsamen Werkes sich vereinigen. Dieses katastrophale Zusammenarbeiten von extremen Nationalisten und extremen Kommunisten sehen wir in Palästina.

Ein Zug vervollständigt das Bild der kritischen Lage der Diaspora-Judenheit. Dieselben extremen Richtungen, welche den Boden, auf dem die jüdische Bevölkerung steht, im Verhältnis zu den umgebenden Nationen unterminieren, haben sie nach innen zerklüftet und dadurch ihre Widerstandskraft erheblich vermindert. Der extreme Kommunismus dadurch, daß er gewisse Teile der jüdischen Arbeiterschaft und revolutionärer Intelligenz vom Judentum gänzlich losgetrennt hat. Der radikale Nationalismus durch Behinderung jeder Kooperation mit anderen Parteien, durch Bekämpfung der jüdischen Einheitsfront, die seinem rücksichtslosen Streben nach der Hegemonie innerhalb der Judenheit im Wege steht.

4. Nochmals der Zionisten-Kongreß und die Lage.

20. Umfassen wir nun mit einem Blick die ganze Gestaltung der Verhältnisse in Palästina und in der Diaspora. Es ist klar, daß wir eine Periode durchleben, welche sich durch höchsten Ernst kennzeichnet. Sollen wir nicht völlig unvorbereitet von den schlimmsten Katastrophen betroffen werden, so ist eine großzügige, planmäßige, energische Abhilfsaktion unerlässlich.

Und wieder drängt sich die Frage auf: Wie hat sich diese Lage in den Beratungen des XII. Zionisten-Kongresses gespiegelt?

21. Keiner der Redner hat auf die Zusammenhänge in ihrer Totalität und vollen Tragweite hingewiesen. Die Frage der Diaspora-Judenheit hat in den Debatten dieses Kongresses nur eine unerhebliche Rolle gespielt. Was in Palästina vor sich geht, das beleuchteten blitzartig die Worte mancher besser eingeweihten Delegierten. — „Ich empfinde einen schreienden Gegensatz — sagte einer von ihnen — zwischen den Gegenständen, über die hier auf dem Kongresse debattiert wird und dem, was uns eigentlich beschäftigen sollte. Ich möchte mit Prophetenzungen sprechen, um Ihnen klar zu machen: Diese Gelegenheit kommt vielleicht nicht wieder.“ — Wie ein drohendes Echo dieser Worte klingt die Äußerung Loyd Georges zu Weizmann in San Remo: „Sie müssen jetzt die Zeit benutzen. Ihre Bewegung muß fertig sein, denn später können Sie sich nicht mehr durchsetzen.“

„Alle gesetzlichen Freiheiten sind aufgehoben, — führte ein zweiter Redner aus — es besteht die Tendenz, der nichtjüdischen Bevölkerung auf Kosten der jüdischen Freundlichkeiten zu erweisen.“ — „Ich behaupte, — bemerkte ein anderer — daß die Agitation, die zu Mord und Pogromen geführt hat, von englischen Beamten betrieben wurde.“ — Ein vierter teilte unter größter Unruhe des Kongresses mit, daß die Leiter der jüdischen Vertretung in Palästina (Waad Haleumi) vorgeschlagen haben, auf die Balfour-Deklaration zu verzichten.

22. Das sind Streiflichter, welche den Kongreß und durch ihn die an dem Palästina-Werk interessierten Gruppen der ganzen Weltjudenheit hätten aufrütteln sollen. Leider wurden sie von jener Rauschstimmung übertönt, die angesichts drohender Gefahren die Illusion einer überlegenen Machtfülle vorgaukelt. Unter dieser Suggestion glaubte selbst ein sonst durchaus besonnener jüdischer Politiker zur Lösung der Palästina-Komplikationen einfach vorschlagen zu können, daß das jüdische Volk sich vor den Mächten über die Politik Herbert Samuels beschwere und sie auffordere, „uns einen anderen General-Gouverneur zu stellen“.

Solche Auffassungen haben auf dem Kongreß überwogen. Sie verraten eine derartige Verkennung der Wirklichkeit, daß vor allem eine Beleuchtung jener Momente, die die heutigen Zustände veranlaßt haben und sie erklären, notwendig wird.

II. Die Ursachen.

1. Ursachen der Palästina-Krisis.

23. Die kritische Lage in Palästina wird selbst von den offiziellen Leitern der zionistischen Organisation nicht in Abrede gestellt. Sie sind bemüht, sie durch äußere, von der zionistischen Palästina-Politik unabhängige Faktoren zu erklären. Man verweist auf die politischen und wirtschaftlichen Ergebnisse des Weltkrieges, auf die panarabische Agitation, auf das Versagen der Opferwilligkeit der jüdischen Kapitalisten. Die Wirkung dieser Umstände soll auch nicht gelegnet werden. Keinesfalls aber darf man in ihnen die ausschlaggebenden Momente erblicken, die tiefsten Wurzeln der Krisis. Es ist auch verfehlt, von einer „Tragik des jüdischen Volkes“ als der eigentlichen Ursache unseres Mißgeschicks in Palästina zu sprechen, wie dies einer der zionistischen Führer getan hat. Und andererseits wäre es auch ungerecht, die ganze Schuld an der Lage den zionistischen Führern und ihrem mangelnden politischen Geschick zuzuschreiben.

24. Die gegenwärtige Lage ist weder ein unerwarteter Zufall, noch ein unverdientes Unglück. Sie ist aber auch nicht durch den Kern der Sache, durch den eigentlichen Inhalt der Palästina-Bewegung, d. i. das Streben nach der Besiedelung Palästinas durch einen Teil des jüdischen Volkes heraufbeschworen worden.

Die wahre und tiefste Ursache aller Mißerfolge ist vielmehr in der äußeren Aufmachung der Palästina-Bewegung zu erblicken, in den Formeln und Losungen, in den Methoden und der Taktik, die der sogenannte Kongreß-Zionismus der Bewegung verliehen hat.

Wenn ich hier und an anderen Stellen die Bezeichnung „Kongreß-Zionismus“ gebrauche, so liegt es mir fern, diesem Wort einen ironischen, verkleinernden Sinn zu verleihen. Es erscheint mir nur unentbehrlich, um das weit verbreitete Mißverständnis zu zerstreuen, daß das durch die Majorität der Kongresse vertretene Programm der Zionismus schlechthin sei, neben dem es keine anderen zionistischen Richtungen gebe. Man muß sich vielmehr Rechenschaft davon geben, daß diese Form der Zielausprägung und die mit ihr verbundenen Methoden nur einen bestimmten Typus der jüdischen Renaissance- und Palästina-Bestrebungen repräsentieren und das andere Typen abweichende Gesichtspunkte aufgestellt haben.

25. Oft Gesagtes muß heute in neuem Lichte wiederholt werden.

Zwei Momente waren und sind bis heute von entscheidender Wirkung. Die Schöpfer des Kongreß-Zionismus oder des sogenannten politischen Programms gingen bekanntlich von der Ansicht aus, daß eine allmähliche, planmäßige, vorbereitende Besiedlung Palästinas vor Erreichung weitgehender politischer Garantien unzweckmäßig sei. Man müsse alle Anstrengungen darauf konzentrieren, bedeutende Fonds und politische Einflüsse zu erlangen, um gelegentlich eines „großen Momentes“ sich einen Palästina-Charter zu sichern. Bei der im voraus verbürgten jüdischen Souveränität würde es dann ein Leichtes sein, binnen kurzem auf dem Wege schleuniger Massenkolonisation Palästina jüdisch zu machen, d. i. den Boden zu erwerben und ihn mit Juden zu besiedeln.

Das war das erste Moment: Der „öffentlich-rechtlich gesicherte Judenstaat“ als offen proklamiertes, nächstes Ziel der zionistischen Palästina-Politik. Die äußere Ausprägung dieses Momentes bildete das Baseler Programm.

26. Das zweite Moment bestand in der Anpassung der Propaganda an dieses Programm. Es ergaben sich daraus zwei Konsequenzen.

Da die Konzession zur Errichtung des Judenstaates so rasch nicht zu erreichen war und auf langsam fortschreitende Palästina-Arbeit verzichtet wurde, mußte als Material für die Propaganda ein Ersatz geschaffen werden. Dieser Ersatz bestand in politischen Sensationsnachrichten, die bei den Massen den Glauben weckten, daß man unmittelbar vor Erreichung des Zieles stehe.

Da ferner das Palästina-Werk nur unter dem Gesichtswinkel der baldigen Schaffung eines Judenstaates als diskutabel betrachtet wurde, war es eine selbstverständliche Folgerung, daß alle Vorbereitungen für dieses Werk innerhalb der Judenheit nur auf dem Boden des Baseler Programms und unter der obersten Leitung der Zionistischen Organisation vor sich gehen konnten.

Die Hegemonie des Zionismus auf dem Gebiet der Palästina-Arbeit wurde zum Dogma.

27. Jahrzehntelange Erfahrungen haben nun erwiesen, daß dieser ganze Apparat des politischen Zionismus sich auf dem Gebiete der inneren Propaganda und des Ausbaues der zionistischen Bewegung in gewissen Grenzen als sehr fruchtbar bewährt, dagegen als Mittel zur fak-

tischen Erlangung Palästinas und zur Gewinnung des ganzen jüdischen Volkes für das Palästina-Werk versagt.

Jedermann weiß, daß das Haupthindernis der praktischen Fortschritte des Palästina-Werkes zur Zeit der Türkenherrschaft im Baseler Programm, in den auf dieser Grundlage geführten Verhandlungen und in der ganzen politischen Agitation des Zionismus bestand. Und die gleichen Momente hielten auch die wohlhabendsten und einflußreichsten jüdischen Kreise davon ab, sich dem Palästina-Werk voll und ganz anzuschließen.

28. Nun machte sich jener tiefe Zwiespalt geltend, der die zionistische Bewegung nur zu Scheinerfolgen verurteilte und ihr die Möglichkeit wirklicher Fortschritte im Bereiche des Heimstätte-Aufbaues benahm. Vor die Alternative gestellt, auf seine Methoden zu verzichten, um wirklich vorwärts zu kommen, oder auf die Förderung des Palästina-Werkes zu verzichten, um sich den Zuspruch der Massen zu sichern, wählten die Führer des politischen Zionismus stets das Zweite. Die einen taten es aus aufrichtiger Ueberzeugung, daß die politische Methode sich schließlich doch als siegreich erweisen würde, die anderen aus der Erwägung heraus, daß die Stärkung der Bewegung etwas unmittelbar Erreichbares und Konkretes, das jüdische Palästina schließlich doch ein Zukunftstraum sei. So geschah es, daß man den Beifall des Kongresses der wirtschaftlichen Durchdringung Palästinas vorzog.

29. Die unvermeidliche Konsequenz dieses Systems aber waren Unaufrichtigkeit und politischer Zwang, die innerhalb der ganzen zionistischen Bewegung Platz griffen. Mißerfolge wurden vertuscht, Scheinerfolge aufgebauscht, die Vertreter anderer Anschauungen innerhalb der Organisation mit allen Mitteln bekämpft. So wurde künstlich, mit Unterdrückung aller fruchtbaren, bauenden Kritik, eine Art von zionistischer „Rechtgläubigkeit“ gezüchtet, die die Partei und die Führer in gleicher Weise versklavte. Niemand fand mehr den Mut, eine Aenderung des Kurses vorzuschlagen, um nicht als Ketzer verschrien und aus der Bewegung ausgeschaltet zu werden.

30. Das erklärt das Schicksal der Opposition gegen das politische System, die zur Zeit der sogenannten „Demokratischen Fraktion“ kräftige Vorstöße unternommen hatte. Mancher von den heutigen offiziellen Führern hat dieser Fraktion angehört und über die Schädlichkeit vorzeitiger

politischer Forderungen, sowie über die Unentbehrlichkeit realer Vorbereitungsarbeit in Palästina die treffendsten Anschauungen entwickelt. Man erzwang sogar die Eröffnung einer praktischen Palästina-Arbeit, die jedoch durch die Aufrechterhaltung der politischen Plattform aufs schwerste behindert wurde. Schließlich erwies sich die suggestive Kraft des traditionellen Kongress-Zionismus doch als stärker.

31. Gegen Ende des Weltkrieges kam ein Moment, wo es scheinen mochte, daß dieser Richtung tatsächlich ein Sieg beschieden sei.

Die Losungen von der „Selbstbestimmung der Völker“ und der „Befreiung der kleinen Nationen“, welche die Entente verkündete, sowie die gleichzeitige Niederwerfung und Aufteilung der Türkei schienen den Weg zu dem früher Unmöglichen zu öffnen. Eine völlig neue Weltgestaltung, eine Art von Messianischer Zeit schien anzubrechen. Und als England sich den Wünschen der Zionisten in bezug auf Palästina geneigt zeigte, schien der baldigen Verwirklichung des Programms des politischen Zionismus kein Hindernis mehr im Wege zu stehen.

In dieser Periode machte die zionistische Bewegung ungeheure Fortschritte. Den Werbenden und den Neugeworbenen galt dabei das politische Programm als das einzig maßgebende.

32. Ja, der politische Zionismus nahm in dieser Periode gewisse neue Merkmale an, die ihn dem Nationalismus anderer Völker noch ähnlicher machten, von der jüdischen Weltanschauung und dem wahren Wesen des Judentums jedoch noch mehr entfernten. Bevor noch die Juden eine seriöse Position in Palästina erworben hatten, wurden sie als das künftige Herrenvolk hingestellt und die jetzigen Herren des Landes, die Araber, als eine quantité négligeable betrachtet, die allenfalls glimpflich behandelt werden sollte, die man jedoch nicht zu Rate zu ziehen brauchte.

Neben dem zionistischen Imperialismus entwickelte sich der zionistische Militarismus: Die jüdisch-englische Palästina-Legion sollte zu einer kleinen, ständigen Palästina-Armee ausgebaut werden, um die „Schwarzen“, wie der Urheber dieser Idee die Araber zu bezeichnen pflegt, im Zaune zu halten.

33. Einer der offiziellen Vertreter der Zionistischen Organisation erklärte vor der Palästina-Kommission der Friedenskonferenz: „Palästina muß so jüdisch werden, wie England englisch.“ Und auf dem XII. Zionisten-Kongreß verkündete der Befürworter der „Politik der gepan-

zerten Faust“, die Juden müßten Palästina trotz der Araber kolonisieren, ebenso wie die Europäer trotz der Indianer Amerika kolonisiert haben.

Diese Steigerung des politischen Zionismus bis zum Gewaltkultus war es, die die heftigste Reaktion seitens der Araber unmittelbar verursachte. Für alle unbefangenen Urteilenden aber ist es klar, daß auch ohne diese letzte und schärfste Herausforderung die zionistische Programm-Formulierung, die zionistische Auslegung der Balfour-Deklaration und das ihr entsprechende herrische Auftreten der Zionisten in Palästina, bei der faktischen Ohnmacht der Juden in diesem Lande, die jetzige Gestaltung der Dinge hätten herbeiführen müssen.

34. Die Konklusionen des Berichtes der von Sir Thomas H a y c r a f t geleiteten Untersuchungskommission (Weißbuch vom Oktober 1921) sind ein fortlaufender Beweis der Richtigkeit dieser Behauptung. Die Kommission läßt keinen Zweifel darüber, daß die Ursache der Araber-Unruhen in erster Linie die zionistische Politik ist, daß sie den Beschwerden der Araber in dieser Hinsicht Berechtigung zuerkennt und daß zwischen der zionistischen Auffassung der Zusagen Groß-Britanniens und der Bedeutung, die die maßgebenden englischen Kreise bei den heute obwaltenden Umständen ihnen beimessen, ein ganz gewaltiger Unterschied besteht.

In dem Bericht heißt es: „Solange die Juden eine unaufdringliche Minderheit blieben, wie dies unter der ottomanischen Regierung der Fall war, wurden sie nicht belästigt oder gehaßt.“ Das Auftreten der Zionisten in Palästina seit der Balfour-Deklaration wäre aber ein derartiges, daß es „unmöglich war, den Schluß zu vermeiden, daß tatsächlich die gesamte nichtjüdische Bevölkerung in der Feindseligkeit gegen die Juden einig war“.

35. Die Ursachen der Feindseligkeiten waren, wie der Bericht mehrfach betont, nicht nur die kommunistischen Manifestationen, nicht nur das arrogante und rücksichtslose Benehmen der Chaluzim, welches die Araber verletzte, sondern vor allem die Auffassung der Zionisten hinsichtlich der ihnen schon jetzt in Palästina gebührenden Rechte. Besondere Empörung rief die Forderung gewisser Zionisten hervor, man möge nur den Juden gestatten, Waffen zu tragen, den Arabern dagegen es verbieten. Der stellvertretende Vorsitzende der Zionistenkommission erhob vor der Untersuchungskommission „dieselben Forderungen, die den jetzigen Unruhen zugrunde liegen und die sich merklich von der erklärten Politik des Staats-

sekretärs und des High Commissioners für Palästina unterscheiden“.

Es ergibt sich aus dem Bericht mit unzweifelhafter Klarheit, daß die zionistische Leitung es weder verstanden hat, den jüdischen Pionieren in dieser überaus kritischen Anfangsperiode entsprechende Instruktionen hinsichtlich ihrer Haltung zu erteilen¹⁾, noch auch sich selbst in bezug auf die wahre politische Lage der Juden in Palästina richtig zu orientieren.

36. Mit überzeugender Kraft trat es nun zutage, daß in der politischen Mechanik ähnliche unverrückbare Gesetze herrschen, wie in der kosmischen. Trotz der Aufteilung der Türkei, trotz des englischen Mandats, trotz der Beschlüsse von San Remo hat sich die Araber-Masse, die Inhaberin des palästinensischen Bodens, als der primäre Faktor von ausschlaggebender Kraft behauptet. In definitiver Weise zeigt sich nun die Ueberlegenheit der wirtschaftlichen Momente, des tatsächlichen Besitzstandes gegenüber diplomatischen Errungenschaften. Die Balfour-Deklaration bleibt trotz der Bestätigung durch den Konzern der weltbeherrschenden Mächte ein leeres Wort, solange ihr die sachlichen Grundlagen fehlen.

37. Niemand kann sich heute der Erkenntnis verschließen, daß unsere Lage in Palästina gegenwärtig eine ganz andere wäre, wenn wir im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte uns mit einem temporären, politisch bescheideneren Programm begnügt und dafür mit Unterstützung aller Gruppen der Judenheit möglichst viel Boden in Palästina erworben und Hunderttausende von Juden dort angesiedelt hätten. Dann hätte die Balfour-Deklaration Sinn und Kraft, weil sie die Sanktionierung tatsächlicher Verhältnisse, erworbener Rechte gewesen wäre. Der ungeheure Unterschied zwischen den praktischen Wirkungen der „öffentlich-rechtlichen“ Unabhängigkeits-Erklärung Polens oder Litauens und der Proklamierung eines jüdischen Nationalheims in Palästina findet seine augenfällige Ursache in der Tatsache, daß Polen und Litauen schon vor den Deklarationen als territorial, ethnisch und wirtschaftlich geschlossene Gebiete vorhanden waren, während es ein jüdisches

¹⁾ „Den Einwanderern sollte beigebracht werden — schließt der Bericht — daß sie, wie berechtigt auch immer ihre historischen und religiösen Ansprüche seien, schließlich doch ein Heim in einem heute weit überwiegend arabischen Land suchen und daß es ihnen gezieme, eine besonnene Haltung der Bevölkerung gegenüber anzunehmen, in deren Mitte sie in Frieden und Freundschaft zu leben wünschen müssen.“

Palästina nicht gibt. Der Präsident der zionistischen Exekutive, Weizmann, hat dies auf der zionistischen Landeskonferenz in Berlin offen zugestanden: „Die Schuld an der jetzigen Lage (in Palästina) liegt zum großen Teil auf unserer Seite, weil wir nicht genug getan haben, um Menschen und Geld ins Land zu bringen . . . Wir sind in Palästina ökonomisch noch außerordentlich schwach und das wirkt natürlich auch auf die politische Situation.“ Man sieht: was Marx von dem Entstehen sozialer Organisationsformen gesagt hat, das gilt auch von sozialen und politischen Neubildungen: „Entwicklungsphasen lassen sich weder überspringen, noch wegdekretieren.“

38. Mit den angeführten Momenten verknüpft sich noch manches, was hier nur kurz angedeutet werden kann. Das Verhältnis der leitenden englischen Sphären zum Zionismus charakterisiert sich heute unverkennbar durch eine gewisse Ironie, wie sie dem Rückzug voranzugehen pflegt. Die Zionistische Organisation hat bei der für uns so verheißungsvollen englischen Palästina-Politik versagt. Sie war nicht in der Lage, die für den Aufbau Palästinas und für eine stärkere jüdische Einwanderung erforderlichen Mittel zu liefern, denn solche konnten nur unter bereitwilliger Mitwirkung des ganzen jüdischen Volkes aufgebracht werden. Dieses aber konnte die Z. O. nicht erfassen. Hier rächte sich der innere Zwiespalt ihres politischen Spiels. Seit jeher hatte sich die Z. O. den Mächten gegenüber als faktische und einzig legitime Vertretung der jüdischen Gesamtheit bezeichnet; in Wahrheit war sie eine Sekte gewesen, die die jüdische Allgemeinheit durch ihre extreme Richtung sowie ihre vehemente Polemik von sich stieß, nur selten mit anderen jüdischen Gruppen kooperierte, und alle Vorschläge, durch eine konziliantere Taktik die neutralen Kreise zu gewinnen, als Parteiverrat ablehnte. Das alles ließ sich nach der Balfour-Deklaration im Handumdrehen nicht gutmachen.

39. Das von England erwartete finanzielle Einspringen konnte also die Z. O. nicht zuwege bringen. Dafür aber brachte sie der englischen Palästina-Verwaltung eine andere Morgengabe. Infolge mangelhafter Ausübung der ihren Organen vertrauensvoll übertragenen Einwanderer-Kontrolle verstand sie es nicht, einer Gefahr vorzubeugen: der Infiltration von jüdischen Kommunisten, die sofort in Aktion traten. Das Beispiel Rußlands hätte hier eine Warnung sein sollen. Wenn die Einreise von 50 Bolschewiki gehabt hat, um ein derartiges Riesenreich zu sprengen, so ist

Handvoll jüdischer Kommunisten mehr als hinreichend, um die erst keimende jüdische Kolonisation über den Haufen zu werfen. Man weiß, wie glänzend die Araber und die englische Verwaltung die Manifestationen der Kommunisten für ihr politisches Spiel auszunutzen gewußt hatten. Zieht man überdies die täglich wachsende Strömung in der öffentlichen Meinung Englands gegen ein jüdisches Palästina und gegen die jüdischen Einflüsse innerhalb der englischen Regierung in Betracht, so wird es klar, daß jeder politische und taktische Fehler der zionistischen Leitung doppelt schwer ins Gewicht fällt.¹⁾

40. Solange allè diese Zusammenhänge nicht begriffen werden, solange man nicht Mut und Tatkraft genug findet, um aus ihnen die Konsequenzen zu ziehen, ist keine dauernde Besserung der Lage in Palästina denkbar, besteht dort die Gefahr schlimmster Eventualitäten.

Es muß begriffen werden, daß die auf Illusionen aufgebaute zionistische Machtpolitik die Araber gegen die jüdische Kolonisation mobilisiert; daß sie es erst allen Gegnern der jüdischen Palästina-Bestrebungen — mögen sie unter den Nebenbuhlern Englands oder unter der englischen Beamtenschaft selbst zu suchen sein — so leicht macht, den Fanatismus der Araber auf die Bahn einer planmäßigen Kampagne zu lenken; daß erst die so geschaffenen Zustände, bei gleichzeitigem finanziellen Versagen des Zionismus, die englische Regierung zwingen, sich im politischen Kampfe auf die Seite des örtlich Stärkeren zu stellen; und daß die großen Kreise der Judenheit heute zurückhaltend sind nicht nur, weil sie die alte Scheu vor den zionistischen Ultras nicht überwinden können, nicht nur, weil sie die Mißerfolge in Palästina sehen, sondern weil sie auch deren Ursachen richtig erkennen; daß diese richtige Erkenntnis — nicht die „Unzuverlässigkeit der Neophyten“ — der eigentliche Grund der Brandeis-Sezession ist.

2. Die Rolle der Führer.

41. Wenn so die Ursachen der Lage in Palästina klar werden, so wäre es doch höchst ungerecht, alle Schuld auf jene Führer der Zionistischen Organisation zu wälzen, welche in den letzten Jahren die Verhandlungen mit den Mächten geführt haben. Man muß bei der Beurteilung dieser Männer viele Umstände berücksichtigen.

¹⁾ S. Nachtrag auf S. 23.

Es gehört eine große Verblendung dazu, ihnen den Vorwurf zu machen, wie dies von ultra-politischer Seite geschehen ist, daß sie es nicht verstanden hätten, genügend weitgehende politische Sicherungen zu erringen, gewissermaßen den Judenstaat ohne Juden hervorzuzaubern. Angesichts der realen Kräfteverhältnisse haben sie sicherlich das Höchsterreichbare erkämpft: verhängnisvoll viel, wie es sich gezeigt hat.

42. Gerechter wäre der Vorwurf, daß sie alle Anstrengungen darauf konzentrierten, eine Formel zu erringen, die die nationalen Ambitionen befriedigt und daß sie darüber das Fundamentale vernachlässigt haben. Hätten sie die volle Freiheit der Einwanderung und des Bodenkaufes und damit stillschweigend die Möglichkeit der Bildung einer jüdischen Majorität in Palästina gesichert, dann wäre die Sanktionierung der „jüdischen“ Heimstätte zur rechten Zeit ebenfalls verbürgt.

Man könnte den Führern auch den Vorwurf machen, daß sie mit keinem einzigen neuen konstruktiven Gedanken hervorgetreten sind, der der neuen Gestaltung der Verhältnisse nach dem Weltkriege Rechnung getragen und unsere Lebensinteressen in Palästina wirksam gewahrt hätte. Daß sie froh waren, mit einwandsfreier „Gesinnungstreue“ mindestens den Schein einer Verwirklichung des Baseler Programms zu Wege zu bringen.

43. Vieles spricht aber zu ihrer Entlastung. In einer unendlich schwierigen Lage, mit einer ungeheuren Verantwortung auf den Schultern, in ununterbrochener, aufreibender Arbeit haben diese Männer ihr Letztes hergegeben, um die bis aufs Höchste geschraubten Erwartungen der Massen nicht zu enttäuschen. Man kann von ihrer Leistung nur mit Achtung sprechen. Und man muß nur bedauern, daß sie unter dem Druck zahlloser extremer Resolutionen jüdischer Massenmeetings arbeiteten, daß sie Gefangene einer Losung und einer Volksbewegung waren, die ihre Politik bestimmte und vielleicht ihr eigenes Urteil trübte.

3. Ursachen der Lage in der Diaspora.

44. Die Momente, welche die heutige Situation der großen jüdischen Bevölkerungsgruppen im Osten verursacht haben, sind uns in der Hauptsache schon gelegentlich der Schilderung der Lage klar geworden. Hier mögen

nur noch gewisse Punkte hervorgehoben werden, welche eine lehrreiche Analogie zwischen der Verkettung von Ursachen und Wirkungen im Bereiche der zionistischen Palästina- und der Diaspora-Politik aufdecken.

In bezug auf die Diaspora hatte der Kongreß-Zionismus bekanntlich die Losung ausgegeben, daß sie für das jüdische Volk eine „verlorene Position“ sei. Deshalb wurde ursprünglich die Maxime aufgestellt, daß die Mitglieder der Zionistischen Organisation sich um die Verhältnisse der Judenheit in ihren gegenwärtigen Wohnstätten gar nicht bekümmern sollten und alle Kräfte auf die Vorbereitung der Heimstätte in Palästina zu konzentrieren hätten. Der noch zu rettende Teil der Diaspora-Gruppen würde durch die Errichtung der nationalen Heimstätte aus seiner jetzigen Lage befreit werden, der Rest sei eben als „absterbender Ast“ zu betrachten.

45. Als dann die Notwendigkeit der Beteiligung an der „Landesarbeit“ dem Zionismus sich dennoch aufdrängte, setzten seine Vertreter die Politik der „verlorenen Position“ unentwegt fort, ganz so, wie in der Palästina-Politik die Plattform der „öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte“ ohne Rücksicht auf die politische Konstellation beibehalten wurde. Ja, man blieb dieser Richtung und den mit ihr zusammenhängenden Methoden auch dann noch treu, als es vollkommen klar wurde, daß an eine Liquidierung der großen Diaspora-Konzentrationen für absehbare Zeit absolut nicht zu denken sei.

46. Motive und Wirkungen waren hier genau dieselben wie in der Palästina-Politik. Die Aufstellung extremer nationaler Forderungen unter Hinwegsetzung über die realen Verhältnisse, ein herausfordernder Machtillusionismus und eine Ueberspannung des Tones im Verhältnis zur Landesbevölkerung, die Zertrümmerung der jüdischen Einheit und das Streben nach der Diktatur des Zionismus unter Anwendung terroristischer Methoden verfehlten nie ihre Wirkung auf die „jüdische Gasse“, sie erwiesen sich als fruchtbar für die innere Propaganda, den Ausbau der Bewegung und die Stärkung der Position der Führer. In demselben Maße aber schädigte diese Taktik den Zweck der Bewegung und die Interessen des jüdischen Volkes, weil sie die Besserung seiner Lage nicht förderte, sondern erschwerte.

Und auch hier knüpften sich an sie dieselben schädlichen, internen Praktiken: die Vertuschung der durch eine irrationelle Politik verursachten Mißerfolge oder die Ent-

stellung des wahren Verhältnisses von Ursachen und Wirkungen, die Erhaltung der Massen in dem Glauben, daß die Schuld an den bestehenden Spannungen ausschließlich die herrschenden Majoritäten treffe.

47. Das sind im wesentlichen die Momente, welche der am besten ausgebauten und von stärkstem Leben erfüllten jüdischen Weltorganisation beim Ringen um ihre Ziele unübersteigliche Hemmnisse in den Weg legen, gleichzeitig aber die vitalsten Interessen der gesamten Judenheit gefährden. Sie fließen auf beiden Hauptgebieten aus der gleichen Quelle: aus der zum Dogma erhobenen Richtung der Parteitaktik.

So erscheint es als Pflicht, den Versuch zu unternehmen, auf dem Wege einer entsprechenden inneren Umgestaltung eine Aenderung des Kurses zu bewirken, und dadurch zum Entstehen einer Atmosphäre beizutragen, in der die allmähliche Verwirklichung des Palästina-Gedankens, zugleich aber auch eine neue Festigung der Daseins-Grundlagen der Diaspora-Gruppen, und so die Erfüllung der historischen Aufgabe der Judenheit in ihrem vollen Umfange möglich werden.

Nachtrag zu § 39. Den Umschwung in der Stellung Northcliffes und anderer prominenter Engländer, die früher den offiziellen Zionismus förderten, kann ein unbefangener Beurteiler nur auf das Schuldkonto der zionistischen Leitung setzen. Und es ist ein weiterer schwerer Fehler der letzteren, wenn sie diese ihr unbequemen Kritiker dadurch unschädlich zu machen versucht, daß sie sie als Feinde der jüdischen Palästina-Bestrebungen überhaupt hinstellt, ähnlich wie sie über Brandeis als „Ger“ den Stab gebrochen hat. Northcliffe hat nur festgestellt, daß das Vorgehen des extremen Zionismus ihn beunruhigt und enttäuscht; daß die „Arroganz und Großtuerei“, „die alles an sich reißenden, dominierenden Methoden der neuankommenden Zionisten die alteingesessene Bevölkerung Palästinas verletzen“. Er hat gleichzeitig auf die älteren jüdischen Kolonien als Beweis hingewiesen, daß es „möglich ist, Palästina mit der richtigen Art von Juden zu kolonisieren“ und hat an die „große Zahl der gemäßigten Zionisten in der ganzen Welt“ appelliert, „die Extremisten zurückzuhalten“. Ebenso hat Graves in seinen Times-artikeln von den jüdischen Palästina-Bestrebungen mit größter Sympathie gesprochen. Seine Kritik richtete sich nicht gegen die Balfour-Deklaration, denn „die Schwierigkeiten liegen nicht in dieser, sondern in ihrer Auslegung“. Er verlangte nur, daß England nicht den extremen, politischen Zionismus, sondern den gemäßigten Zionismus unterstütze, die zionistische Kommission durch eine Jewish Agency, die eine Vertretung der Juden der ganzen Welt ersetze und die Idee Achad Haams — ein geistiges Zentrum der Judenheit in Palästina — verwirkliche. In alledem kann man gerechter Weise nicht eine Bekämpfung des jüdischen Palästina-Werkes, sondern nur eine Verurteilung der extremen, von der zionistischen Leitung angewendeten oder geduldeten Methoden erblicken.

Zweiter Abschnitt.

Richtlinien einer Reformaktion.

I. Neue Wege.

1. Der Geist der Bewegung.

48. Soll die Bahn, die wir uns selbst verschlossen haben, wieder frei werden, so ist vor allem eine Aenderung des Geistes notwendig, der die ganze Bewegung beherrscht. Nichts wäre verhängnisvoller, als ein Verharren in der bisherigen Selbstzufriedenheit und jenem kurzsichtigen Optimismus, der durch ein „neues Wunder“ aus der kritischen Lage befreit zu werden hofft. Es gilt heute, mit jahrzehntelangen Gedankengewohnheiten aufzuräumen, auf das Arbeiten mit Fiktionen und das Schwelgen in be rauschenden Worten zu verzichten. Es gilt, die falsch geführten Massen aus ihrer Umnebelung aufzurütteln und sich endlich zu einer nüchternen und umsichtigen Politik der realen Interessen zu entschließen.

Hat man diesen Weg betreten, so ist kein tastendes Versuchen nötig. Die zeitgemäßen konkreten Reformen ergeben sich von selbst aus der Logik des neuen Geistes.

2. Mäßigung und Einheit.

49. Gewisse allgemeine Richtlinien werden für alle Gebiete der jüdischen Volksbewegung maßgebend sein.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein vorfrühes Anstreben letzter Ziele, das Aufstellen unerfüllbarer Programme, viel mehr Schaden als Nutzen bringt. Dies hat sich gleicherweise in der Palästina- wie in der Diaspora-Politik gezeigt. Wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen und die bisherige Ueberspannung durch Mäßigung ersetzen. Für beide Gebiete wird sich ein **e t a p p e n w e i s e s V o r g e h e n** empfehlen.

50. Der taktische Hauptfehler unserer inneren jüdischen Politik bestand in zu weitgehender Spaltung, in rücksichtsloser Bekämpfung anderer Parteien sowie der Konkurrenten

und Gegner innerhalb der eigenen Partei. Die Judenheit ist schwach, aber durch diese innere Zerklüftung verringert sich ihre Widerstands- und Leistungskraft noch erheblich. Die jüdische Sache verfügt nicht über viele aktionsfähige Männer. Auch die Zionistische Organisation leidet an empfindlichem Menschenmangel. Wenn aber diese wenigen Schaffenden die Hälfte ihrer Kraft darauf verwenden, anderen aktionsfähigen Personen die Betätigungsmöglichkeit abzuschneiden, so schädigen sie die jüdische Sache in zweifacher Weise: durch Vergeudung der eigenen und durch Lahmlegung der fremden Kraft. Aus der heutigen kritischen Lage ergibt sich das dringende Gebot: die Tendenz der Spaltung und Ausschaltung durch die der Einheit und Konzentration zu ersetzen, Heranziehung aller Leistungsfähigen und Arbeitswilligen, Verständigung innerhalb der Parteien und zwischen den Parteien. Das sind die Voraussetzungen einer Sanierungsaktion.

51. Die hier angedeuteten Richtlinien beziehen sich nur auf das Gebiet der praktischen Politik, die den Hauptgegenstand der vorliegenden Schrift bildet. Sie entsprechen der jüdischen Lehre und der jüdischen Ueberlieferung, mit denen der Kongreß-Zionismus in schroffer Weise gebrochen hat, indem er den modernen, rein weltlichen Nationalismus mit seiner Triebkraft, aber auch mit seiner Flachheit und ethischen Enge an ihre Stelle setzte. Soll die Reform bis an die Quelle aller Unzulänglichkeiten der zionistischen Bewegung dringen, dann muß die Umgestaltung ihres Geistes in einem tieferen Sinne vorgenommen werden. Wir müssen dann nicht nur an die Palästina-Politik und die innerjüdische Einheitspolitik unserer Verfahren mit modernen Mitteln anknüpfen, sondern uns auch das Wesen der altjüdischen Weltanschauung, das religiös-nationale Verhältnis des Judentums zur Menschheit und zum Universum wieder voll zum Bewußtsein bringen. Ueber diese Wege zur Regenerierung des Zionismus, aber auch des ganzen modernen Judentums, an anderer Stelle¹⁾.

II. Neue Palästina-Politik.

1. Die nächsten Aufgaben.

52. Wir müssen es uns klar zum Bewußtsein bringen, daß unser nächstes Ziel in Palästina nichts anderes sein

¹⁾ S. meine Schrift „Integrales Judentum“, Interterritorialer Verlag „Renaissance“, Berlin—Wien—New York 1922.

kann, als die Sicherung der Möglichkeit, unser wirtschaftliches und kulturelles Werk möglichst vorwärts zu bringen. Die vernachlässigte Periode der faktischen Durchdringung des Landes muß um jeden Preis nachgeholt werden. Sonst bleiben unsere Bestrebungen für alle Zeiten aussichtslos.

Die Voraussetzungen nennenswerter praktischer Fortschritte in Palästina sind: Die Herbeiführung einer wirklichen Verständigung mit den Arabern und die Gewinnung der tatsächlichen, willigen Unterstützung der gesamten Judenheit.

Wir dürfen vor keinen formellen Konzessionen zurückscheuen, um diese zwei unerläßlichen Vorbedingungen sicherzustellen, wollen wir uns nicht in einem Kreise ohne Ausweg bewegen.

2. Neue Programm-Formulierungen.

53. Der verhängnisvollste, taktische Grundfehler der bisherigen, offiziellen zionistischen Palästina-Politik bestand in der Annahme, daß jene Faktoren, von deren Mithilfe die Entwicklung des Palästina-Werkes abhängt, die aber dem Baseler Programm ablehnend gegenüberstehen, bei einiger Ausdauer seitens der Zionistischen Organisation zur Annahme dieses Programms sich doch entschließen werden.

Völlig verfehlt war und ist besonders die Erwartung, daß ein solcher Umschwung erfolgen könnte, bevor die Macht der Tatsachen zur Geltung kommt, d. i. bevor die realen Grundlagen einer jüdischen Heimstätte in Palästina errichtet sind. Wir werden keinen Schritt nach vorwärts machen, wenn wir an diesem politisch und psychologisch gleich irrigen Kalkül weiter festhalten. Die Araber haben mit aller Entschiedenheit erklärt, daß sie auf Grund der Balfour-Deklaration in keinerlei Verhandlungen eintreten werden. Die Absage der jüdischen Finanzkreise an das politische Programm war nicht minder deutlich.

54. Das Baseler Programm und die ihm entsprechende Balfour-Deklaration sind keine brauchbaren Formeln für die gegenwärtige Epoche der jüdischen Palästina-Bestrebungen. Es sind Ausprägungen letzter Ziele, unzeitgemäße Enthüllungen, die sich in der Politik noch immer als falsche Schachzüge erwiesen haben.

55. Es handelt sich an dieser Stelle nicht um eine prinzipielle, sondern um eine taktische Kritik des Baseler Programms. Man muß sich daran erinnern, daß das Baseler

Programm zu einer Zeit entstanden ist, da man Palästina irrigerweise als eine halbe Wüste, die Araber als eine quantité négligeable und die Türkei als ein staatliches Unikum betrachtete, in dessen Rahmen alles möglich ist. Inzwischen hat die Entwicklung der zionistischen Bewegung diesem Programm eine Weihe verliehen, die seine Umredigierung zu einer schwierigen Sache macht. Da es aber kein geeignetes Instrument für die heutige praktische Palästina-Politik ist, so muß es, ganz ebenso wie die messianische Palästina-Verheißung, vorläufig mit Samt und Gold umkleidet, in der Lade der nationalen Heiligtümer aufgestellt werden. Unser Palästina-Programm darf nicht mehr bloß nach unseren Wünschen zugeschnitten sein und infolge seines illusorischen Charakters Rückschläge und Enttäuschungen hervorrufen. Die Ikarusflüge des Zionismus mit wachsgeleiteten Flügeln, jene Flüge, die stets nur mit einem zerschmetternden Sturz in die Tiefe enden, müssen aufhören. Unser Programm muß den Erfordernissen der laufenden Periode und unseren realen Möglichkeiten entsprechen. Nur dann wird ein Vorwärtkommen überhaupt möglich. Wir haben durch Festhalten an Worten nachgerade genug verloren. Der historische Moment verlangt nicht mehr Losungen, sondern Lösungen.

56. Was uns heute not tut, ist ein „Sesam, öffne dich!“ Das Baseler Programm und die Balfour-Deklaration aber sind ein „Sesam, schließe dich!“ Heute, wo wir in Palästina weder Land noch Leute haben und auch nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen, muß unsere ganze Politik, ohne weitere Ziele aus dem Auge zu verlieren, praktisch ausschließlich auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der nächsten Periode eingestellt sein. Unsere dringendste Aufgabe besteht darin, den von uns allzuweit vorgerückten Zeiger auf der Uhr unserer Geschichte zurückzudrehen und temporäre, wirklich zweckentsprechende, programmatische Leitsätze aufzustellen. Der Zionismus wird auf das Baseler Programm und die Balfour-Deklaration nicht verzichten, ebenso wie die Orthodoxen die Weissagungen der Propheten niemals preisgeben. Nur als Verhandlungsgrundlagen sind diese Formeln vorläufig zurückzustellen. Unser heutiges Palästina-Programm kann nur läuten:

„Freie Einwanderung, freie wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in einem arabisch-jüdischen Palästina.“

3. Neue Organisationsformen.

Zionistische Organisation und Jüdische Organisation.

57. Mit der Formulierung eines neuen Programms allein ist es nicht getan. Es müssen auch neue Organisationsformen geschaffen werden, welche durch entsprechende Verteilung der Funktionen der Verwertung des neuen Programms ermöglichen.

Es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß die Zionistische Organisation heute nur „Alfa“ statt „Omega“ zu sagen brauchte, um in Palästina mit offenen Armen empfangen zu werden, und daß die bisherigen intransigenten Vertreter bei beiden „B“ (Baseler Programm und Balfour-Deklaration) die geeignetsten Unterhändler im Verhältnis zu den Arabern sein würden, wenn sie nur auf ihrer diplomatischen Flöte eine andere Melodie ertönen ließen. Man muß mit der Tatsache rechnen, daß der Kongreß-Zionismus, seine Organisationen und Vertreter infolge ihrer bisherigen Politik von den Arabern mit größtem Mißtrauen betrachtet werden. Wir stehen vor einer taktisch außerordentlich schwierigen Aufgabe: solche Organisationsformen zu schaffen, welche die großen Werte der Zionistischen Organisation für das Palästina-Werk zur Geltung bringen, gleichzeitig aber der schädlichen Wirkung der zionistischen Firma vorbeugen können.

58. Es wird allgemein zugegeben, daß bei dem heutigen Stande der Dinge die Palästina-Bestrebungen ohne Mitwirkung der nichtzionistischen Gruppen nicht vorwärts gebracht werden können. Man muß es sich jedoch klar machen, daß dies nicht nur auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Palästina-Aktion gilt, sondern auch auf dem der politischen, oder sagen wir, um der Auffassung jener Gruppen näher zu kommen: auf dem der Repräsentation und der Verhandlungen. Das zionistische Denken muß hier einen vielleicht unbequemen, aber unerläßlichen Schritt nach vorwärts machen. So wie man in den zionistischen Kreisen bereits begriffen hat, daß die Aufbringung von Fonds nur in den Formen des Keren Hajessod, d. h. unter paritätischer Kooperation der neutralen jüdischen Kreise möglich ist, ebenso wird man sich damit abfinden müssen, daß die Schaffung einer analogen politischen Institution zu den Notwendigkeiten gehört. Ja, daß man bei dem Aufbau einer solchen Institution sich noch zu viel weitergehenden Konzessionen wird entschließen müssen.

59. Freilich, ein Punkt bleibt unumstößlich, nicht nur vom Standpunkte des zionistischen Prestiges, sondern auch von dem der realen Interessen des Palästina-Werkes: So nützlich und unentbehrlich auch die Mitwirkung der neutralen Gruppen erscheinen mag, es wäre doch undenkbar, das ganze Palästina-Werk in ihre Hände zu legen. Die Mitwirkung der Zionistischen Organisation ist mit Rücksicht auf ihre unvergleichliche Leistungsfähigkeit eine unbedingte Notwendigkeit. Die zionistische Bewegung darf ohne alle Selbstüberhebung sagen, daß sie einen besonderen jüdischen Stamm repräsentiert: Sie hat die der Palästina-Sache am meisten ergebenen, auf diesem Gebiete opferwilligsten und aktivsten Juden um sich gruppiert. Wenn von den Juden gesagt wurde, daß sie das Blut der Menschheit sind, so kann von den Zionisten gesagt werden, daß sie das Blut der Judenheit sind, ihre lebendige, treibende Kraft. Dieser jüdische Motor ist ein Machtfaktor, auf den man nicht verzichten kann.

Wenn demnach beide Gruppen unentbehrlich sind, so kann das neue organisatorische Werkzeug nur in einer festfundierten und zweckentsprechend aufgebauten Zusammenfassung dieser beiden Faktoren bestehen. Daß innerhalb der nichtzionistischen Judenheit aller Schattierungen heute prinzipielle Bereitschaft zu einer Kooperation am Palästina-Werke vorhanden ist, wird kein Kenner der Verhältnisse bezweifeln. Wenn die erforderliche Verschmelzung der beiden Gruppen bis heute nicht gelungen ist, so lag dies nur daran, daß innerhalb der zionistischen Kreise das Verständnis für ihre Voraussetzungen nicht genügend verbreitet war.

60. Eine Reihe von irrigen Auffassungen muß hier aus dem Wege geräumt werden.

Man geht vollständig fehl, wenn man annimmt, daß es möglich wäre, die nichtzionistischen Kreise durch ihre Aufnahme in die Zionistische Organisation dem Palästina-Werk zuzuführen. Selbst wenn man sich zu der Konzession entschließen würde, den Vertretern dieser Kreise das Bekenntnis zur jüdischen Nationalität zu erlassen und von ihnen nur die Förderung der Heimstätte-Bestrebungen auf dem Boden des Baseler Programms zu verlangen, würde auf diesem Wege nie die angestrebte Kooperation zustande kommen. Denn das, womit jene Kreise sich nicht solidarisieren wollen, sind eben das Baseler Programm und die Zionistische Organisation.

61. Ebenso irren diejenigen, welche der Meinung sind, daß es möglich wäre, die Zionistische Organisation ihres

jetzigen nationalen und Partei-Charakters zu entkleiden und sie in eine allgemein jüdische, 'neutrale Organisation mit vorwiegend wirtschaftlichen Zielen umzugestalten. Auch in diesem Falle würde sich ein Mißtrauen geltend machen, welches eine erhebliche Erweiterung der Organisation vereiteln würde.

62. Schließlich ist die Scheu, welche gewisse zionistische Gruppen vor jeder Kooperation mit den neutralen Kreisen empfinden, weil sowohl der eine als auch der andere von den eben angeführten Modi die Gefahr einer Verwässerung und Entwurzelung des Zionismus in sich birgt, gegenstandslos.

Beide Wege sind ungangbar, nicht nur, weil der ins Auge gefaßte Zweck, die Heranziehung der nichtzionistischen Kreise, auf ihnen nicht erreichbar ist, sondern auch weil eine schärfere Auseinanderhaltung der beiden, nur für bestimmte Aufgaben zu kombinierenden Teile der Judenheit, sowie der dauernde Sonderbestand der zionistischen Organisation im Interesse des Palästina-Werkes selbst erforderlich sind.

63. Zwei Aufgaben sind im Bereiche dieser Aktion zu lösen. Sie verlangen zwei Organe von gänzlich verschiedener Artung. Auf der einen Seite die wirtschaftlich-politische Aufgabe: der kolonisatorische Aufbau der jüdischen Heimstätte und die zu seiner Erleichterung erforderlichen Abmachungen mit Regierungen und Völkern. Unter den gegebenen historischen Umständen ist diese Aufgabe nur auf dem Wege von Kompromissen, unter Berücksichtigung der Interessen nichtjüdischer Faktoren, mittels einer Taktik, die den wechselnden Konstellationen Rechnung trägt, zu verwirklichen.

Auf der andern Seite aber bedarf die dem Heimstätte-Werk zugrunde liegende Leitidee, der Gedanke der nationalen Konzentrierung und Wiedergeburt im Lande der Väter, besonderer Pflege. Dies geben auch die nichtzionistischen Kreise uneingeschränkt zu, wenn sie sich auch keineswegs zur Erfüllung dieser Aufgabe berufen fühlen. Sie bestreiten nicht, daß die mit so großen Anstrengungen und Opfern verbundene jüdische Palästina-Kolonisation sinn- und zwecklos wäre, wenn sie unter Ausschaltung der Renaissance-Idee mit assimilatorischer Tendenz geführt werden würde. Nun verlangt es aber das Wesen der nationalen Propaganda, daß sie auf das Ideal gerichtet, demnach — in vernünftigen Grenzen — radikal und maximalistisch sein muß.

64. Es liegt auf der Hand, daß eine und dieselbe Organisation diese zwei Aufgaben, die gegensätzliche

Methoden erheischen, nicht verfolgen kann, weil sie dadurch in unlösbare Konflikte geraten und Schritt auf Schritt sich selbst desavouieren müßte. Dies ist der eigentliche Grund der Mißerfolge des Zionismus nach außen. Er hat bis jetzt die Quadratur des Zirkels gesucht.

Die Notwendigkeit der Trennung der beiden Funktionen wird nach den letzten Erfahrungen wohl eingesehen werden.

4. Verteilung der Funktionen.

65. Es wird klar, daß neben der Zionistischen Organisation, der die Pflege der nationalen Gesinnung, der Heimstätte- und Renaissance-Idee in unvermindertem Maße vorbehalten bleibt, für die Zwecke des wirtschaftlichen Aufbaues Palästinas und der politischen Sicherung desselben, eine zweite, allgemein jüdische, oder vielmehr die

„Jüdische Organisation“

ins Leben gerufen werden muß. Es ist dabei nicht etwa bloß an eine Zusammenfassung aller bereits bestehenden, für Palästina arbeitenden Körperschaften, eine „Organisation der Organisation“ zu denken. Die Kombinierung der alten, bereits stark belasteten und in ihrer Gesamtheit ungenügenden Budgets würde uns wenig fördern. Es müssen neue, große Fonds aufgebracht werden. Das wird möglich sein, wenn eine Organisation entsteht, der nicht nur die jüdischen Parteiorganisationen von den orthodoxen bis zu den sozialistischen, nicht nur die vorhandenen Palästina-Gesellschaften, sondern auch jeder einzelne Jude beitreten kann. Bei entsprechender Programmredigierung, die von keiner Gruppe ein Opfer der Ueberzeugung verlangt, wird die „Jüdische Organisation“ eine solche Körperschaft darstellen.

66. Es wird sich zweifellos empfehlen, der „Jüdischen Organisation“ einen *f ö r d e r a t i v e n* Charakter zu verleihen. Die einzelnen Landesförderationen können in gewissem Sinne separate Gesellschaften bilden, die den lokalen Verhältnissen Rechnung tragen und auch ein eigenes Tätigkeitsprogramm entwerfen. 50% müssen allerdings in die gemeinsame Kasse der „J. O.“ fließen, weil sonst eine mit Nachdruck geführte Arbeit der gesamten Judenheit, wie sie das Palästina-Werk erfordert, zur Unmöglichkeit wird. Gewisse Finanzaktionen, und zwar gerade die wichtigsten, können ihrer Natur nach nur von der J. O. als Gesamtorganisation unternommen werden. So z. B. eine Nationalanleihe, die

am ehesten die finanziellen Schwierigkeiten des Palästinaaufbaues beheben könnte.

Die Beteiligung der Z. O. an der J. O. ist nach dem in II, 3, 59 Gesagten eine selbstverständliche Notwendigkeit. Man könnte noch weiter gehen und sagen, daß es die Aufgabe der Z. O. wäre, eine derartige allgemein jüdische, wirtschaftlich-politische Zweckorganisation aufzubauen.

67. Das Wort „politisch“, hinsichtlich dessen in den nichtzionistischen Kreisen der Judenheit eine große Scheu besteht, muß hier etwas näher erklärt werden. Ein Kolonisationswerk großen Stils ist ohne fortlaufende politische Tätigkeit unmöglich. Mit gewissen Regierungen muß der Kontakt ununterbrochen unterhalten, mit gewissen Nationen müssen Verhandlungen gepflogen werden. Selbst wenn man in gewissen Perioden aus taktischen Gründen einer Kolonisationsorganisation einen ausschließlich wirtschaftlichen Charakter verleiht, jedwede politische Funktion derselben in Abrede stellt und das Wort „politisch“ aufs Sorgfältigste vermeidet, — was vielleicht auch eine J. O. tun dürfte — ist das auch nichts anderes, als Politik.

Freilich ist Politik etwas ganz anderes, ja, das Gegenteil dessen, was gewisse extreme und dilettantische Vertreter des Zionismus darunter verstanden haben. Sie besteht nicht darin, durch einen herausfordernden Ton den Partner unnütz zu reizen, durch starres Beharren auf undurchführbaren Forderungen sich ihn zum unversöhnlichen Gegner zu machen, durch vorzeitiges Enthüllen letzter Ziele sich alle Wege zu verschließen. Sondern sie beruht vielmehr in der Kunst, sich und seiner Sache Freunde zu gewinnen, seine Absichten annehmbar zu machen, die richtigen Mittel zu finden, um seine Ziele auf dem Wege des geringsten Widerstandes tatsächlich zu verwirklichen.

68. Die Bezeichnung „politisches Programm“ für die Richtung des Kongreß-Zionismus und „Realpolitisches“ für die vorwiegend wirtschaftlich-kolonisatorischen Palästina-Bestrebungen sind in gewissem Maße nur schematisch. Auch die letzteren können, wie eben dargetan, auf gewisse politische Schritte nicht völlig verzichten. Der wahre Unterschied zwischen beiden Richtungen — das muß festgehalten werden — liegt in Folgendem. Den Politischen ist die Anschauung in Fleisch und Blut übergegangen, daß das Schicksal der jüdischen Heimstätte nur in geringem Maße von unserem Besitzstand in Palästina, dagegen zu neun Zehnteln von der politischen Arbeit abhängt: Von der

Unterhaltung der Beziehungen zu möglichst vielen Regierungen, von der Bearbeitung der Weltpresse usw. Auf diese Arbeit muß, unter steter Betonung maximalistischer Forderungen, nach ihrer Ansicht das Hauptgewicht gelegt werden. Die „Realpolitischen“ halten unsere faktische Position in Palästina für entscheidend. Sie verlangen daher die hauptsächlichliche Betonung der praktischen Arbeit sowie eine für diese förderliche Mäßigung und Anpassung des Programms.

69. Aus diesem Verhältnis ergibt sich der Modus, welcher für die Beteiligung des Zionismus an der J. O. gewählt werden sollte. Wenn er seine Ziele erreichen will, muß der Zionismus die Außenpolitik mindestens für die nächste Zeit völlig in die Hände der neuen Organisation legen. Dabei müßte er sich die der Z. O. gebührende Vertretung innerhalb der J. O. sichern, ohne bei seiner bisherigen Methode, um jeden Preis die Hegemonie zu erlangen, zu verharren.

Ferner wäre es eine Forderung der einfachsten Vernunft, in die Leitung der J. O. zunächst hauptsächlich solche Zionisten zu entsenden, die sich zur realpolitischen Richtung bekennen. Für jene „Politischen“, die heute zu den offiziellen Leitern der Z. O. gehören, aber einer Wandlung fähig sind, müßte eine gewisse Karenzzeit eingehalten werden. Ausgeschlossen müßten dagegen diejenigen Extrem-Politischen bleiben, die durch ihre Richtung erwiesen haben, daß sie für wahre Politik, d. i. die Kunst des Möglichen, keine Berufung haben.

70. Wird die J. O. in dieser Weise aufgebaut, so wird das Heimstätte-Werk endlich zur Sache des ganzen jüdischen Volkes werden. Ja, eine derartige jüdische Welt-Institution wird berufen sein, sich auch mit anderen gesamtjüdischen Angelegenheiten von fundamentaler Bedeutung in leitender Weise zu befassen.

71. Wenn nun die J. O. die wirtschaftliche und politische Palästina-Arbeit in der Hauptsache übernimmt, wenn diese Funktionen der Z. O. entzogen werden, was wird dann für die Z. O. noch übrig bleiben? — so höre ich fragen.

Zunächst werden ihr diese Funktionen gar nicht entzogen. Sie wird an der politischen Arbeit innerhalb der J. O. durch ihre Vertreter beteiligt sein und die wirtschaftliche Arbeit, ganz ebenso wie die anderen Palästina-Institutionen, mittels ihrer eigenen Fonds und Organe, neben den Unternehmungen der J. O. fortsetzen können.

Darüber hinaus aber bleibt ihr ihr spezifisches, überreiches Programm:

Die Pflege des nationalen Bewußtseins, der Ideen der nationalen Wiedergeburt und der nationalen Heimstätte; die nationale Erziehung der Judenheit, die Unterhaltung des nationalen Schulwesens in Palästina und die Schaffung einer national-jüdischen Kultur in der Zerstreuung.

Diesen großen Aufgaben wird sich die Z. O. nun mit erhöhter Kraft widmen können. Ja, entlastet von allen außenpolitischen und taktischen Rücksichten, wird sie die Reinheit der Idee um so strenger wahren und in aller Freiheit jene „Imponderabilien“, jenes „Irrationelle“ pflegen können, deren Bedeutung für das Volksleben nicht geäußert werden kann.

5. Das Verhältnis zu den Arabern.

72. Wie immer sie diese Tätigkeit wird bezeichnen wollen, die J. O. wird eine Palästina-Politik machen müssen, und zwar in erster Linie im Verhältnis zu den Arabern. Unterläßt sie es, verfällt sie in eine Einseitigkeit entgegengesetzter Art, indem sie sich nur auf die wirtschaftliche Arbeit beschränkt, so wird das Heimstätte-Werk durch die „Politik“ der National-Radikalen und Sozial-Radikalen (Kommunisten), die sich in Palästina zu gemeinschädlichem Wirken harmonisch vereinen, nur allzubald total ruiniert werden. Soviel läßt sich heute schon mit aller Bestimmtheit voraussehen. Denn wenn dieser Bund der Extremen nicht die Schuld an allen Ausschreitungen gegen die Juden in Palästina trägt, so liefert er doch den Anlaß und den plausiblen Vorwand für sie.

Der J. O. wird es bedeutend leichter sein als der Z. O., eine neue, rationellere Araber-Politik zu führen. Für die Z. O. ist es unleugbar außerordentlich schwierig, sich von ihren bisherigen programmatischen Grundlagen formell loszusagen. Ja, selbst wenn sie diese Wendung unternimmt, findet sie damit bei den Arabern keinen Glauben. Ganz anders ist die Lage einer erst entstandenen, gesamtjüdischen Organisation, die durch neue Leute vertreten wird.

73. Die konkreten Details des neu einzurichtenden Verhältnisses zu den Arabern können im Rahmen dieser Schrift nicht erörtert werden; wohl aber die leitenden Gesichtspunkte.

Der XII. Zionisten-Kongreß hat in seinen politischen Resolutionen (IV und V) das Programm aufgestellt, daß „unter uneingeschränkter Wahrung der Balfour-Deklaration“

eine „aufrichtige Verständigung mit dem arabischen Volke“ angestrebt werden solle. Das Schlagwort „Verständigung mit den Arabern“ ist heute auf aller Lippen. Diese „Verständigung“ wird aber von den verschiedenen zionistischen Gruppen sehr verschieden „verstanden“. Es gibt Anhänger einer ehrlichen Verständigung und leider auch solche, die sich mit den Arabern in derselben Weise verständigen zu können glauben, wie die weißen Eroberer es mit den Rothäuten und Schwarzen getan haben.

74. Jede Araber-Politik wird irrig sein, die dieses Element von der Höhe der Kulturentwicklung, der finanziellen Mittel und der politischen Einflüsse des in der Welt zerstreuten jüdischen Volkes aus geringschätzt und mit Hilfe ausländischer Mächte alle jüdischen Wünsche in Palästina durchsetzen zu können glaubt. Einen Ausgangspunkt unserer neuen Stellungnahme muß die Erkenntnis bilden, daß die Araber schon heute die wahren Herren des Landes sind und daß ihre Macht, gestützt auf die nach vielen Millionen zählenden Stammesbrüder in den Nachbargebieten, dank der fortschreitenden kulturellen Entwicklung des Arabertums und der Gestaltung der politischen Lage, von Jahr zu Jahr zunehmen wird. Die ganze Zukunft der jüdischen Heimstätte hängt von unserem Verhältnis zu den Arabern ab.

75. Jeder Schritt nach vorwärts, den wir in offenem Gegensatz zu den Arabern mit Hilfe der ausländischen Okkupationsmacht in Palästina tun, kann sich dereinst bitter rächen. Wir müssen alle Herren- und Gewalt-Politik aufgeben und jede Spur davon in der Erinnerung der Araber zu verwischen suchen. Wenn es uns nicht gelingt, die heutigen, durch unsere Politik genährten Spannungen in ein freundschaftliches Verhältnis umzugestalten, eine Interessengemeinschaft mit den Arabern herzustellen, so ist unser Heimstätte-Werk für alle Zukunft auf Blut und Feuer gestellt. Es wird das ewige Ringen Davids gegen Goliath sein.

Daß die wirtschaftlichen und politischen, aber auch die tieferen, kulturellen und ideellen Grundlagen für eine Solidarität der Juden und der Araber in Palästina vorhanden sind, weiß jeder Kenner der Verhältnisse. Er weiß aber auch: Wir haben es heute glücklich so weit gebracht, daß die Araber uns als geschworene Feinde gegenüberstehen. So stellt sich die Neugestaltung unseres Verhältnisses zu den Arabern — neben der Gewinnung der Gesamtjudentheit — als das zentrale Problem des ganzen jüdischen Heimstätte-Werkes dar.

76. Es gibt keinen anderen Weg zur dauernden und befriedigenden Lösung dieses Problems, als den eines Bündnisses mit den palästinensischen Arabern. Die Sympathien der Fellachen sind durch eine billige Wirtschaftspolitik unschwer zu gewinnen. Man hat ihnen als Wirkung der jüdischen Kolonisation wirtschaftliche und kulturelle Vorteile in Aussicht gestellt. Seitdem aber diese Kolonisation unter zionistische Leitung kam, wurden den Arabern die neuen Erwerbsmöglichkeiten unzugänglich gemacht, es begann ein prinzipieller und erbitterter Konkurrenzkampf der organisierten jüdischen Arbeiterschaft gegen die arabischen Tagelöhner. Dieser wirtschaftliche Krieg gegen die Fellachen muß endlich aufhören. Nicht nur, daß sie nicht ausgeschaltet werden dürfen: Wir müssen wirtschaftlich für sie sorgen, selbstverständlich, ohne die Interessen der jüdischen Arbeiter zu schädigen. Und ebenso müssen wir nach Möglichkeit die jüdischen Schulen für sie öffnen. Das ist der Weg zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Interessengemeinschaft.

77. Mit den arabischen Effendis, den Grundbesitzern, Kaufleuten und Politikern haben wir andere Berührungspunkte. Diese Kreise begreifen sehr wohl, daß Palästina nur mit Hilfe der jüdischen Einwanderer und des jüdischen Kapitals in kurzer Zeit auf ein ähnliches Niveau wie Aegypten sich aufschwingen kann; und daß Hand in Hand damit die rasche politische Entwicklung eines arabisch-jüdischen Palästina erfolgen würde. Die Verwandtschaft des Islam mit dem Mosaismus und die semitische Rassengemeinschaft sind Momente, welche bei der arabischen Intelligenz und Halbintelligenz Verständnis und Anklang finden. So läßt sich die arabisch-jüdische Allianz aufbauen.

6. Neutralisierung Palästinas.

78. Die Verständigung mit den palästinensischen Arabern darf nicht als das einzige Mittel zur Sicherung des Aufbaues der jüdischen Heimstätte betrachtet werden. Es müssen noch Vorkehrungen getroffen werden, um diese jüdisch-arabische Kulturinsel, die sehr bald emporblühen könnte, vor dem Ansturm der Wüstenbeduinen, vor dem Versinken in einem panarabischen Reich und vor den verheerenden Wirkungen eventueller künftiger Kriege in Vorderasien zu schützen.

Dieser Zweck läßt sich nur durch eine völkerrechtliche Vereinbarung erreichen. Als die zuverlässigste und

und wirksamste Form erscheint die Erklärung Palästinas als ewig-neutrales Land.

79. Momente von großer Tragweite sprechen dafür, daß dieser Gedanke sich verwirklichen läßt.

Die Verhütung von künftigen Kriegen bildet eine der Hauptaufgaben der neuen Völkerbundbewegung. Es wird zugegeben, daß gewisse Staaten im internationalen Interesse neutral bleiben müssen, um Weltkonflikten vorzubeugen. Palästina war seit jeher ein Objekt des Wettbewerbs seiner Nachbarn sowie entfernter Mächte und würde es auch in Zukunft bleiben, wenn nicht eine für alle Zeiten wirksam vorbeugende Schutzmaßregel ergriffen wird.

80. Die Einigung unter allen Machtfaktoren hinsichtlich der Neutralisierung Palästinas und die Schaffung unzerstörbarer Garantien für dieselbe dürften sich um so eher erzielen lassen, als ein solcher Schritt nicht nur welt-politischen, sondern auch religiösen Interessen ersten Ranges entspricht. Für drei Religionen, das Judentum, das Christentum und den Islam, ist Palästina ein Heiliges Land. Dank den Ausstrahlungen dieser Religionen aber ist es für die ganze Kulturmenschheit, zu einem Gebiet geworden, dem exzeptionelles, achtungsvolles Interesse entgegengebracht wird. So dürfte der Gedanke: daß Palästina aus dem ganzen Getriebe des Militarismus, Expansionismus, Imperialismus und Annexionismus für alle Zeiten herausgehoben werden möge — allgemeines Verständnis und Billigung finden.

81. Noch ein Gesichtspunkt kommt in Betracht. Um die Zeit, da die Kulturvölker die Ausschaltung aller Kriege ernstlich erörtern, ist es eine historische Ehrenpflicht, dem Lande, in dem die Idee des Ewigen Friedens durch die jüdischen Propheten zum ersten Male als Menschheitsziel machtvoll verkündet wurde, diesen Frieden zu sichern. Ja, der Gedanke drängt sich von selbst auf, daß Jerusalem als Zentrum der weltpazifistischen Bewegung anerkannt, daß dort als gemeinsamer Bau aller Nationen ein Tempel des Weltfriedens errichtet werden solle.

82. Die praktische Wirkung der Neutralisierung Palästinas würde sich in der Unverletzbarkeit dieses Landes äußern. Wie einst in Gottesasyle, würde nun in dieses den Ewigen Frieden und die Völkerverbrüderung symbolisierende Land keine bewaffnete Macht mehr eindringen dürfen. Alle noch möglichen künftigen Kämpfe müßten sich außerhalb dieses Gebietes abspielen. Die strategischen Bahnlinien, die Marschrouten der kämpfenden Armeen müßten einen Umweg um die Grenzen Palästinas machen

Selbstverständlich würden der Bevölkerung Palästinas auch alle Angriffskriege untersagt sein. Nur eine Verteidigungsarmee müßte zu Schutze des Landes bereitstehen. Palästina dürfte aber auch nie zum Schauplatze innerer Kämpfe werden. Die Aufrechthaltung dieses inneren Friedens müßte ebenfalls durch die Schutzarmee und die Mächte gesichert sein ¹⁾.

83. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Neutralisierung Palästinas nicht nur den Interessen des Weltfriedens, sondern auch jenen der heute an diesem Lande zunächst beteiligten Faktoren am besten Rechnung trägt. So werden vor allem die palästinensischen Araber aus der durch sämtliche Mächte verbürgten friedlichen Entwicklung des Landes die größten Vorteile ziehen. Sie werden es unmöglich übersehen können, daß die Intervention auswärtiger Mächte in diesem Falle sich nicht gegen sie richtet, sondern ihnen ein besonders günstiges Schicksal bereitet.

Andererseits würde es auch der Vatikan nur mit Genugtuung begrüßen können, wenn die Heiligen Stätten dauernd unter den Schutz einer internationalen Konvention gestellt sein würden.

84. Schließlich würde das Interesse Großbritanniens, der jetzigen Mandatarmacht, ebenfalls in keiner Weise verkürzt werden. Die Frage der Souveränität Palästinas müßte bei der gegenwärtigen Ungeklärtheit der politischen Verhältnisse nach wie vor in der Schwebelage bleiben. Auch als ewig neutrales Land — ja, als solches erst recht — müßte Palästina zunächst unter die Obhut und Verwaltung des Völkerbundes gestellt werden, der sich in dieser Frage allerdings auch mit den ihm noch nicht angehörenden Mächten, wie Amerika, Deutschland und Rußland aus einanderzusetzen hätte. Und nach wie vor würde England das Mandat über Palästina ausüben, nur mit dem günstigen Unterschiede, daß es kriegerische Komplikationen hinsichtlich dieses Gebietes oder innerhalb desselben nicht mehr zu befürchten hätte und daß die Kosten der Erhaltung der Schutzarmee sich nun auf alle die Neutralität garantierenden Mächte verteilen würden.

So sehen wir hier eine Lösung vor uns, die bei richtiger Handhabung die Wünsche aller befriedigen kann. Sie muß das Ziel der politischen Arbeit aller an dem Palästina-Werk interessierten jüdischen Faktoren, vor allem aber der „Jüdischen Organisation“ bilden.

¹⁾ Vgl. meine Schrift „Zur Lösung des Palästina-Problems“. R. Löwit, Verlag, Wien und Berlin 1919, Kap. IX.

7. Methoden des Palästina-Aufbaues.

85. Wenn die Leitung der Z. O. auch zugibt, daß die wirtschaftlichen Fortschritte in Palästina als unsere nächste Aufgabe unter besonderer Kraftanstrengung angestrebt werden müssen, so sind doch die Methoden, für die sie sich entschieden hat, keineswegs einwandfrei. Wer auf dem Gebiete der finanziellen Palästina-Propaganda sowie auf dem des wirtschaftlichen Aufbaues Erfahrungen hat, muß ernstlich befürchten, daß bei dem jetzigen wirtschaftspolitischen Kurs selbst im Falle einer viel günstigeren Konstellation ein neuer Schiffbruch unvermeidlich wäre.

86. Die finanziell-wirtschaftliche Palästina-Aktion geht von folgenden Gesichtspunkten aus. Da das Palästina-Werk enorme Summen beansprucht und die weltwirtschaftliche Lage eine sehr gedrückte ist, müssen von der Judenheit außerordentliche Opfer verlangt werden. Nicht nur die zionistischen, sondern auch die übrigen jüdischen Kreise sollen dazu gebracht werden, von ihrem Vermögen und ihren Einkünften den Zehnten (Maasser) als Abgabe für Palästina zu leisten. Die ganze Organisation der Palästina-Propaganda muß in den Dienst des „Keren Hajessod“ gestellt werden, der auf diesem Prinzip fußt. So soll ein großer Fonds aufgebaut werden, der von der Z. O. unter Beteiligung der nichtzionistischen Spenderkreise verwaltet und für den Aufbau Palästinas nach einheitlichen, nationalen Gesichtspunkten verwendet werden soll.

87. Auf den ersten Blick mag dieser Plan durchaus rationell und überzeugend erscheinen. Eine nähere Prüfung aber ergibt, daß die psychologischen und wirtschaftspolitischen Erwägungen, die ihm zugrunde liegen, irrig sind.

So ist zunächst — wie dringend auch möglichst große Fonds für das Palästina-Werk benötigt werden — die Ueberspannung der finanziellen Forderungen sicherlich nicht der richtige Weg zum Erfolge. In den glaubensstarken, aber valutaschwachen Ländern des Ostens mag der Maasser-Gedanke unter den Zionisten noch Liebhaber finden. Die westeuropäischen und amerikanischen Zionisten werden ihn nicht mehr ganz ernst nehmen. Einen unverzeihlichen Mangel an realem Sinn aber bekundet es, wenn der Zionismus an die kapitalkräftigen nichtzionistischen Kreise als Steuer-Exekutor mit einer so hochgeschraubten Forderung herantritt. Nicht nur der „Keren Hajessod“, sondern auch das Palästina-Werk selbst wird

durch derartige Maßnahmen diskreditiert. Eben weil die Weltwirtschaft unfer einer schweren Depression leidet, findet man solche Forderungen undiskutabel. Umso mehr, als die Lage in Palästina und die Aussichten des Heimstätte-Werkes die Besitzenden keineswegs ermuntern, tief in die Taschen zu greifen.

88. Einen eklatanten Beweis der Richtigkeit dieser Auffassung bildet die Tatsache, daß das Keren Hajessod-Komitee in Deutschland nach langem Widerstreben sich gezwungen sah, das Maasser-Prinzip aufzugeben und auch hinsichtlich der Verwendung der gesammelten Gelder die beruhigende Zusicherung zu geben, daß sie nach vernünftigen Vorbildern in Geräten und sonstigen für Palästina erforderlichen Waren angelegt werden sollen. Deshalb wird auch die Keren Hajessod-Aktion in Deutschland zweifellos die volle Unterstützung aller jüdischen Kreise finden. Vorausgesetzt, daß der Erlös der Waren an die deutsche Keren Hajessod-Verwaltung zurückkehrt und nicht an die Londoner Zentrale abgeführt wird, um auf diesem Wege doch wieder nur zur Deckung der Spesen der Zionistischen Weltorganisation verwendet zu werden. Hier kommen wir zu einem zweiten, reformbedürftigen Punkt.

89. Einen Irrtum bildet die Annahme, daß unter den gegebenen Umständen die Neigung vorhanden sein könne, Spenden großen Stils für das Palästina-Werk ausschließlich einer Zentrale zur Verwaltung anzuvertrauen. Die Spendenden, seien es nun Landesgruppen oder einzelne, haben den selbstverständlichen Wunsch, bei großzügiger Beteiligung am Aufbauwerke nicht die Rolle von stumpfen Steuerzahlern zu spielen, sondern auch eigene Pläne, wö möglich unter eigener Kontrolle, zu verwirklichen. Daß die Verwaltung des Aufbaufonds im wesentlichen eine zionistische sein soll, erhöht noch die Widerstände.

90. Die Zusage einer paritätischen Vertretung nichtzionistischer Kreise im Direktorium des „Keren Hajessod“ muß wirkungslos bleiben, wenn man sieht, daß der „Wirtschaftsrat“, welcher aus prominenten Nichtzionisten zusammengesetzt sein sollte, — mit oder ohne Schuld der Z. O. — nun doch ausschließlich aus Zionisten besteht und daß die zehn Direktoren des „Keren Hajessod“ „vorläufig“ ebenfalls Zionisten sind. Man hat den Eindruck, daß die zionistische Leitung die neutralen Kreise wohl besteuern will, in Wahrheit aber eine Kooperation mit neutralen Institutionen und

Gruppen gar nicht wünscht, um im Bereiche des Palästina-Werkes unbeschränkt herrschen zu können und eine Kontrolle ihrer Finanzgebahrung nicht zuzulassen. Die zionistische Verwaltung aber weckt in den nichtzionistischen Kreisen stets die Befürchtung, daß die gesammelten Fonds nicht für Aufbauzwecke, sondern für Propaganda, Organisation und Politik zur Verwendung gelangen werden.

91. Daß diese Befürchtung nicht unbegründet ist, solange die jetzige Richtung der zionistischen Finanzpolitik in Kraft bleibt, beweisen am besten die hinsichtlich der Verwendung des „Keren Hajessod“ vom XII. Zionisten-Kongreß gefaßten Beschlüsse. Darnach sollen im Prinzip 50 % für „nationale Anlagen“, 20 % für den „Jüdischen Nationalfonds“ und 30 % für „wirtschaftliche Anlagen“ verwendet werden. Was wird unter der wohlklingenden Bezeichnung „Nationale Anlagen“ verstanden? Nichts anderes als der Jahresetat der Zionistischen Organisation und das laufende Palästina-Budget. Da man aber voraussah, daß die Einnahmen des Keren Hajessod zur Deckung dieser Posten im angegebenen Verhältnis nicht ausreichen würden, wurde die Zionistische Exekutive überdies ermächtigt, von den Keren Hajessod-Eingängen zunächst den regelmäßigen Etat zu decken und erst die darüber hinausgehenden Beträge für die übrigen Zwecke zu verwenden. Damit ist die Möglichkeit gegeben worden, daß auch die neuen Sammlungen für den Keren Hajessod, wie die bisherigen, zerrinnen, und daß der große nationale Palästinaaufbaufonds nur zur Deckung der Defizite der Zionistischen Organisation, nicht aber produktiven Zwecken dienen wird¹⁾.

92. Jedoch selbst wenn ein Bruchteil des „Keren Hajessod“ seinem Hauptzweck zugeführt werden sollte, sind neue Befürchtungen nicht zu bannen. Die zionistische Verwaltung hat sich bis jetzt auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Unternehmungen in Palästina und in ihrer ganzen Finanzgebahrung nicht so bewährt, daß man zu

¹⁾ Die schlagendste Kritik der bisherigen Finanzwirtschaft der Z. O. bildet die Tatsache, daß die jüdischen Pioniere in Emek Israel ohne Betten und Zelte, auf schlammigem Boden ihre Arbeit beginnen müssen, während in Europa und Amerika Bankett auf Bankett folgt und zahllose Luxusreisen bezahlt werden. Dieser Mangel an der notwendigsten Ausstattung setzt die Gesundheit der Chaluzim schlimmsten Gefahren aus und gibt den Arabern sowie der englischen Verwaltung eine seltsame Vorstellung davon, wie die jüdische Kolonisation Kapital ins Land bringt.

ihrer geschäftlichen Tüchtigkeit und Solidität besonderes Vertrauen haben könnte.

Ganz unzulässig vom kaufmännischen Standpunkte ist insbesondere die Art und Weise, wie die Finanzkommission das Budget der Zionistischen Organisation aufgebaut hat. Sie entwarf nämlich einen imponierenden Ausgabenetat, ohne sich darum zu kümmern, durch welche Einnahmen dieser Etat gedeckt werden könnte, ja, mit dem vollen Bewußtsein, daß er auch nicht im Entferntesten wird realisiert werden können. Es war ein Budget der Wünsche, dazu bestimmt, den jüdischen Massen, denen sich die Kenntnis der Details entzieht, Sand in die Augen zu streuen.

Wenn man nach einem derartigen frivolen Spiel mit Zahlen noch eine Debatte darüber eröffnet, ob aus diesem illusorischen Budget auch eine jüdische Armee in Palästina unterhalten werden soll, und wenn nach alledem die offiziellen Stellen die „Sachlichkeit“ dieses „Arbeitskongresses“ rühmen, so muß eine solche, einer ersten Körperschaft durchaus unwürdige Finanzgebahrung einsichtige Zionisten und Nichtzionisten in gleicher Weise beunruhigen.

93. Dieser Art sind die Tatsachen und Erwägungen, welche den Konflikt zwischen der Brandeisgruppe und der zionistischen Leitung auf dem Gebiete des Palästina-Aufbaues hervorgerufen haben. Zweifellos bestehen die angeführten Bedenken innerhalb der nichtzionistischen Kreise (ebenso wie in großen zionistischen Gruppen). Mit dieser Tatsache muß aber gerechnet werden, da allgemeine Uebereinstimmung darüber herrscht, daß ohne starke Beteiligung der kapitalkräftigen, nichtzionistischen Judenheit die Lösung unserer wirtschaftlichen Aufgaben in Palästina unmöglich ist. In den Denkschriften der holländischen Landesorganisation und des „Binjan Haarez“ wird die ehrliche Kooperation mit der Gesamtjudenheit geradezu als Zentralproblem der Palästina-Aktion bezeichnet.

94. Noch ein weiteres, schweres Bedenken weckt die gegenwärtige Palästina-Aufbaupolitik der Z. O. Die von ihr befolgte Zentralisierungsmethode tritt auch in einen gewissen Gegensatz zur Privatinitiative der Ansiedlungslustigen, nicht bloß zu jener der Spender. Das wirkliche Aufblühen des Kolonisationswerkes läßt sich doch nur von dem kräftigen Einsetzen einer nationalen Bewegung im Sinne persönlicher Beteiligung, nicht auf dem Wege von Spendenzeichnungen erwarten. In den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes muß eine mög-

lichst starke Einwanderung von arbeitenden, aber auch wirtschaftlich schöpferischen, arbeitgebenden Elementen stattfinden. Privatwirtschaftliche Unternehmungen, gestützt auf die Interessen und die Energie genossenschaftlich organisierter Gruppen oder Familien, werden in dieser Periode am ehesten bedeutsame Kapitalien und zahlreiche Kräfte ins Land bringen. In der Tat sind die Fortschritte, die gegenwärtig in Palästina gemacht werden, zum größten Teil auf Rechnung der von der Z. O. unabhängigen Privatinitiative zu setzen.

95. Wenn nun die Methode der Z. O. die Initiative der Auswandererkreise auch nicht direkt bekämpft, so wirkt sie dennoch lähmend auf sie ein. Vor allem schon deshalb, weil sie sie weder ermuntert noch fördert, dann aber auch, indem sie ihr das Prinzip und die Suggestion der einheitlich von oben geführten Aktion entgegensetzt. Nur allzu zahlreich sind in Osteuropa die Fälle von Familien, die ihr ganzes Hab und Gut veräußern und nach Palästina aufbrechen wollen, in der Erwartung, daß ihnen aus den zionistischen Fonds, für welche unablässlich gesammelt wird, der noch erforderliche Kredit gewährt werden würde. Diese Hoffnung versagt und infolgedessen unterbleibt die Auswanderung. Andererseits wiederum gehen zahlreiche, finanziell völlig unabhängige Elemente nicht nach Palästina, weil eine Bewegung solcher Art nicht propagiert wird. Solche Familien kaufen sich durch eine Spende los, „weil die Aufgabe des jüdischen Volkes darin besteht, den Keren Hajessod — nicht Palästina — aufzubauen“, weil „die Z. O. alles macht“.

96. In dieser schwerwiegenden Frage ist die Stellung der zionistischen Leitung durch Dr. Weizmann gelegentlich der Zionistischen Landeskonferenz in Berlin (Dezember 1921) klar beleuchtet worden. Weizmann erklärte, die Parole der Privatinitiative sei eine Untergrabung der zionistischen Kraft. Durch die Scheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit werde das Publikum verwirrt. Die Fonds für den Palästina-Aufbau müßten in der Hand der zionistischen Organisation konzentriert werden, denn „mit der Autorität der Organisation ist es vorbei, sofern man sich an andere Stellen um Geld wenden kann“.

97. Gegen diese Auffassung, die hier wenigstens mit dankenswerter Offenheit ausgesprochen wurde, muß man sich mit allen Nachdruck wenden. Verwerflich ist vor allem das Prinzip. Die Autorität der Organisation darf sich nicht auf das Finanzmonopol für den Aufbau Palästinas

stützen. Das wäre eine verhängnisvolle Versklavung des Jischub, ein Mittelding zwischen der einstigen Finanztyrannerei der Rotschildschen Administration und der wirtschaftlichen Staatssklaverei des Bolschewismus. Wehe dem neuen Jischub, wenn er einmal tatsächlich in diese unerträgliche Unabhängigkeit geraten sollte, und wehe der Organisation, wenn ihre Autorität nur durch finanziellen Dreck erzwungen werden müßte. Nicht Achtung würde man dann ihr gegenüber empfinden, sondern Furcht, Empörung und Haß. Autorität kann eine nationale Institution nur durch gemeinnützige und zweckentsprechende Wirksamkeit erreichen. Wenn es, wie Weizmann klagt, der Z. O. nicht gelungen ist, der palästinensischen Judenheit diese Ansicht über ihre Tätigkeit beizubringen, dann wird das Finanzmonopol ihr zu der erstrebten Autorität nicht verhelfen.

98. Ebenso stark wie moralische sprechen praktische Rücksichten gegen diese Finanzpolitik. Mit ihrer Hilfe kann und wird der Palästina-Aufbau nicht verwirklicht werden. Es ist dargetan worden, daß die Zionistische Exekutive es nicht zuwege bringt, die zentralisierten Mittel, welche sie unter der Losung des Palästina-Aufbaues aufbringt, in nennenswertem Maße tatsächlich für diesen Zweck zu verwenden. Wenn nun andererseits die zionistische Leitung vernünftiger denkende Landesgruppen durch das Schlagwort der „Disziplin“ terrorisiert und sie davon abhält, gemeinsam mit den nichtzionistischen Kreisen die Privatinitiative zu aktivieren, so schafft sie ein Monopol für ihre unfruchtbare Methode und erzwingt so, daß in Palästina keine seriösen wirtschaftlichen Fortschritte gemacht werden können. Eine solche Finanzpolitik führt nicht zur Förderung, sondern zur Erstickung des Palästina-Aufbaues.

99. Die Absicht, den Boden zu nationalisieren und der Kolonisation von Anfang an sozialistische Formen zu verleihen, bildet keine genügende Rechtfertigung der Zentralisierungstendenz der Z. O. So gewiß das künftige jüdische Gemeinwesen einen geläuterten, vernünftigen Sozialismus verwirklichen wird, so interessant jeder Versuch in dieser Richtung sein mag, heute verlangen die vitalsten Interessen des Palästina-Werkes die höchstmögliche Steigerung des wirtschaftlichen Vordringens. Diese aber läßt sich nur durch stärkste Anregung der Privatinitiative erreichen.

100. Wir haben uns überzeugt, daß die Zionistische Organisation in der Behandlung der finanziellen Fragen

einerseits eine gewisse Leichtfertigkeit an den Tag legt, andererseits in dem Bestreben, ihren Beamtenkörper und ihre Propagandamittel immer mehr auszubauen und finanziell zu sichern, zu herrschen und ihr Monopol zu wahren, gleichzeitig aber sich jeder Kontrolle zu entziehen, eine Finanzpolitik befolgt, die das Palästina-Werk aufs ernstlichste gefährdet.

Die Mißstände auf dem Gebiete der Finanzgebarung und des wirtschaftlichen Aufbaues Palästinas haben denn auch die Aufmerksamkeit und die Opposition der zahlreichsten zionistischen Gruppen geweckt. Nicht nur der Binjan Haarez, auch die holländische und französische Landesorganisation, sowie die Majorität der polnischen und vor allem auch der amerikanischen Zionisten verlangen nachdrücklich die Sanierung der ganzen finanziell-wirtschaftlichen Aktion.

Die Finanzreform ist aber deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, weil sie nicht nur den Palästina-Aufbau ermöglichen, sondern auch die mißbräuchliche Verwendung der zionistischen Fonds zur Schaffung einer übergroßen Bürokratie, zur Versklavung der Organisation, zur Knebelung der zionistischen Presse, zur Tyrannisierung der gesamten Judenheit und zur künstlichen Erhaltung verderblicher Richtungen nicht mehr zulassen wird.

Welche Gefahren der Zionistischen Organisation und damit auch der Palästina-Bewegung drohen, wenn es nicht bald gelingt, auf der Basis der Finanzreform auch das eng mit ihr verbundene Problem des zionistischen Extremismus zu lösen, beweist der Niedergang und die Sprengung der zionistischen Foederation in Italien. Sie sind einerseits auf die Aufrechterhaltung des Maasser-Prinzips, andererseits auf die „scharfe nationale Phraseologie“ zurückzuführen, die „die anfängliche Sympathie der öffentlichen Meinung Italiens für den Zionismus fast in ihr Gegenteil verwandelte“¹⁾.

101. Was vor allem verlangt werden muß und worüber fast restlose Uebereinstimmung herrscht, ist:

Beobachtung einer strengeren finanziellen Solidität und kaufmännischen Korrektheit.

Einführung einer strengen Kontrolle der Finanzgebarung.

Durchgreifende Reduktion der Spesen der Z. O.

¹⁾ „Die zionistische Krise in Italien“ (Jüdische Rundschau, 1921, Nr. 101).

Durchführung des Prinzips, daß der Jahresetat der Büros der Z. O. aus den laufenden Einnahmen ohne Anstaltung der Fonds gedeckt werde.

Nachdrückliche Ermunterung der Privatinitiative.

Kräftigere Heranziehung der jüdischen Gesamtheit nach neuen Methoden.

102. Gewiß müssen neben der Belebung der Privatinitiative auch Sammlungen für einen zentralen Aufbaufonds durchgeführt werden. Diese Sammlungen dürfen aber weder die Privatinitiative noch den Palästina-Aufbau selbst erdrosseln. Eine Mittellinie muß gefunden werden, welche alle wesentlichen Interessen berücksichtigt.

Schon im Rahmen der Werbearbeit für den Keren Hajessod, aber auch außerhalb derselben, muß, unter möglichst selbständiger Betätigung der zionistischen Landesgruppen, eine loyale, aufrichtige, wirklich paritätische Kooperation mit den neutralen Palästina-Körperschaften und den noch nicht organisierten, allgemein-jüdischen Kreisen auf Grund von Methoden, die für die letzteren annehmbar sind, ins Werk gesetzt werden.

Den auf diese Weise entstehenden gesamtjüdischen Palästina-Landesverbänden muß die Initiative und Betätigungsfreiheit im Bereiche der humanitären und kommerziellen Förderung des Palästina-Aufbaues gemäß den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Länder (durch Vereinigungen, Handelsgesellschaften, Banken usw.) überlassen werden.

Gleichzeitig muß durch Propaganda und Organisation unter sorgfältiger Kontrolle des Menschenmaterials und in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes eine möglichst starke Einwanderung wirtschaftlich unabhängiger und arbeitsfähiger Elemente in Fluß gebracht werden¹⁾.

8. Erziehung für Palästina.

103. Die Neugestaltung der Palästina-Politik wird ihre Ziele nie voll erreichen können, wenn sie nicht auch eine methodische Vorbereitung des nach Palästina beförderten Menschenmaterials für den verantwortungsvollen Pionierberuf sich zur Aufgabe macht. Zwei Gesichtspunkte müssen

¹⁾ Näheres über die Methoden des wirtschaftlichen Vordringens in Palästina in meiner Schrift „Integrales Judentum“ I. „Der Wiederaufbau Palästinas“.

hier auseinandergehalten werden. Das Nächste und Dringendste besteht darin, die Chaluzim nicht nur für ihre Erwerbstätigkeit vorzubilden, sondern sie auch politisch soweit aufzuklären, daß sie in Palästina weder den englischen Behörden gegenüber, noch im Verhältnis zu den Arabern eine unangebrachte Haltung einnehmen. Die „Politik“ von zehn Chaluzim kann bei der heutigen Lage in Palästina auch die rationellsten Bestrebungen der zionistischen Leitung durchkreuzen und für den ganzen, neuen Jischub verhängnisvoll werden. An die Vorbereitung muß sich daher auch eine dauernde Ueberwachung des Verhaltens der Chaluzim anschließen. Soviel kann auch in der Eile der unaufschiebbaren Kolonisationsarbeit erreicht werden, daß das gefährliche Spielen politisch unwissender Elemente mit dem Feuer ausgeschaltet wird.

104. Vor viel tiefere und schwierigere Probleme stellt uns der zweite Gesichtspunkt. Auf den heutigen Leitern der jüdischen Palästina-Politik und Palästina-Kolonisation ruht die ungeheure Verantwortung für die ganze Richtung des entstehenden neuen jüdischen Gemeinwesens. Soll die historische Aufgabe voll gelöst werden, so ist eine ein-sichtsreiche Synthese der jüdischen Ueberlieferung mit den Menschheitsaufgaben der Zukunft vonnöten. Dieses tiefste Problem des neuen jüdischen Gemeinwesens ist jedoch von der zionistischen Leitung bis jetzt verkannt und vernachlässigt worden. Der Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens in dem hier geforderten höheren Sinne muß mit der geistig-moralischen Formung des Pioniermaterials beginnen. In dieser Hinsicht hat die zionistische Leitung bis jetzt nur einen höchst ungenügenden, ja zum Teil schädlichen Einfluß ausgeübt.

105. Die junge ostjüdische Generation hat als Ergebnis jahrtausendelanger zielbewußter Stammeszüchtung sicherlich ausgezeichnete Anlagen mit auf die Welt gebracht und könnte bei ihrer geistigen und moralischen Bildungsfähigkeit ein unvergleichliches Pioniermaterial für den Aufbau einer Gesellschaft liefern, die eine große historische Sendung zu vollziehen hat. Sie ist jedoch durch den Zeitgeist von der jüdischen Lehre, der jüdischen Ueberlieferung, den jüdischen Idealen und der jüdischen Zucht losgelöst worden und hat von Kindheit an die zersetzenden Emanationen ihrer gärenden slavischen Umgebung in sich aufgesogen. Die heutige zionistische Bewegung hat auf dieses Reis nur einen modernen, triebhaft-chauvinistischen Nationalismus gepfropft. Ein unjüdisches Neujudentum,

das die Jugend dem alten, wahren Judentum noch mehr entfremdet. Wer die junge Generation der Ostjuden in ihrer Heimat beobachtet und dabei einerseits die Maßstäbe höchstentwickelter Gegenwarts-kultur, andererseits die spezifischen Verhältnisse des Orients vor Augen hat, der muß es sich mit Bangen zum Bewußtsein bringen, wie wenig dieses seinem Kern nach vorzügliche Menschenmaterial — lobenswerte Ausnahmen abgerechnet — für die höhere, historische Sendung einer vorbildlichen Staatsgründung im Sinne des Mosaismus vorbereitet ist, und zu welchen Konflikten es in Palästina Anlaß geben muß. Wahrlich, auch diesem Geschlecht, das Kanaan von neuem erobern soll, täte eine vierzigjährige Wüstenerziehung not.

106. Die heutige zionistische Leitung aber — wieder einige anerkennenwerte Ausnahmen abgerechnet — kann den Palästina-Pionieren die Erziehung zum Judentum und zum Menschentum im erhabensten Sinne des Wortes — das ist die Erziehung, welche für Palästina erforderlich ist — garnicht angeheißen lassen. Steht sie doch selbst zum weitaus größten Teile auf dem Boden jenes Zionismus, dessen Horizont nur die nationale Propaganda umfaßt, der vom Standpunkt der politischen Routine alles darüber Hinausgehende als unfruchtbare, belanglose Ideologie belächelt. Deshalb kann — insoweit nicht eine Umgestaltung der Leitung eintritt — diese zweite, größere Erziehungsaufgabe nur von jener kleinen Gruppe zionistischer Denker in Angriff genommen werden, deren Lebensanstrengung dem Erfassen des Wesens des Judentums gilt, für die das jüdische Restaurationswerk nicht nur die nationale Wiedergeburt bedeutet, sondern in einer kraftvolleren Erneuerung des Judentums als Weltanschauung und Religion gipfelt.

III. Neue Diaspora-Politik.

1. Die politische Arbeit der Landesvertretungen.

107. Die Grundsätze der Mäßigung und Einheit, welche allen heute erforderlichen Reformen der jüdischen Palästina-Politik zugrunde liegen, müssen mit nicht geringerer Umsicht auch im Bereiche der Diaspora-Politik zur Anwendung gelangen.

Der XII. Zionisten-Kongreß hat in seiner achten politischen Resolution zur Frage der Diaspora-Politik Stellung genommen. Er hat darin „die politische Arbeit in den Galuthländern“ als „einen integrierenden Teil der ganzen

zionistischen Arbeit“ bezeichnet. Diese Wendung in der offiziellen Haltung des Kongreß-Zionismus, der früher die Diaspora-Politik ablehnte, trägt der veränderten Lage des jüdischen Volkes Rechnung. Sie sanktioniert die Verschiebung des Schwerpunktes der zionistischen Politik, wie sie unter dem Zwang der realen Verhältnisse während der letzten Jahre besonders in Osteuropa sich vollzogen hat.

108. Eine solche prinzipielle Stellungnahme wäre von allen Einsichtigen zu begrüßen, wenn sich an sie ein der neuen Lage entsprechendes neues Programm der zionistischen Diaspora-Politik knüpfen würde. Dies ist aber nicht erfolgt. Die politische Kommission, deren Beschlüsse der Kongreß apathisch guthieß, hat im Gegenteil auch die ganze bisherige Landespolitik, wie sie von den einzelnen zionistischen Landesverbänden getrieben wurde, vorbehaltlos sanktioniert und die weitere Führung derselben ausschließlich in die Hände der Landesverbände gelegt, „die auf diesem Gebiete selbständig und von der Leitung der allweltlichen Zionistischen Organisation unabhängig sind“.

109. Damit schafft die Resolution für die nächste Zukunft jenen extremen Elementen freie Bahn, die in den letzten Jahren die bedrohliche Verschärfung der Spannungen in Osteuropa mitverursacht haben. Sie gibt ihnen keinerlei Direktiven mit auf den Weg, die sie zur Mäßigung und Besonnenheit mahnen würden. Während auf dem Gebiete der Araber-Politik die vierte und fünfte politische Resolution den zionistischen Vertretern das Streben nach einem guten Einvernehmen, einem friedlichen Zusammenarbeiten und einer aufrichtigen Verständigung mit dem arabischen Volke zur Pflicht machen, beschränkt sich die achte darauf, den „Kampf um die Anerkennung der nationalen Minderheitsrechte“ zu begrüßen und zu betonen, daß in den Verträgen über den Schutz der Minoritäten die jüdisch-nationalen Forderungen nur teilweise angenommen sind.

Von dem Streben nach einem modus vivendi mit den Landesbevölkerungen und nach einer Kooperation mit den nichtzionistischen Gruppen in Fragen der Landespolitik wird nichts erwähnt. So kann man diese Resolution, die einen Freibrief für die radikalzionistische Gewaltpolitik bildet, nur als verhängnisvollen Fehler betrachten.

110. Die Formel „Kampf um die Anerkennung der nationalen Minderheitsrechte“ führt, besonders bei ihrer jetzigen Handhabung durch die Landesvertretungen, keineswegs zu einer befriedigenden Lösung des Diaspora-Problems.

Man muß sich vor allem klar machen, daß bei der heutigen Lage des jüdischen Volkes eine konsequent isolierte Landespolitik gar nicht getrieben werden kann. Gewiß müssen die Juden als Staatsbürger in den ihr Vaterland betreffenden Fragen völlig unabhängig von allen anderen jüdischen Gruppen vorgehen. Nicht aber in den Fragen, die sich auf die jüdische Bevölkerung beziehen. Hier besteht, gewollt oder ungewollt, eine enge Solidarität mit der Weltjudenheit. Ganz besonders gilt dies von den großen jüdischen Konzentrationen in Osteuropa. Einerseits sind sie auf die finanzielle Förderung, manchmal auch auf die politische Intervention ihrer ausländischen Stammesgenossen angewiesen. Andererseits können politische Fehler, die sie in ihren Heimatländern begehen, nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Juden anderer Staaten verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen.

111. Fassen wir die zerstreute Judenheit in ihren Weltzusammenhängen ins Auge, so treten drei Zentren besonders bedeutsam hervor: Palästina — als der künftige Sammelort des regenerierten jüdischen Volkes; Amerika — als der kräftigste finanzielle sowie politische Stützpunkt der Judenheit und vorläufig ihr wichtigstes Einwanderungsgebiet; Polen — als das größte Reservoir der jüdischen Volkskraft, die bedeutendste Festung der überlieferten jüdischen Kultur und gleichzeitig als Asyl und Durchgangsgebiet für die jüdischen Flüchtlinge aus den übrigen Gebieten Osteuropas.

112. Diese drei Zentren verbleiben in innigster Wechselwirkung. Sie werden auch in Mitleidenschaft gezogen, wenn eine andere jüdische Gruppe ins Schwanken gerät. Die starke Beteiligung der Juden am Bolschewismus hat den Juden der ganzen Welt den größten moralischen Schaden zugefügt, ganz besonders hat sie in Polen und in Palästina empfindliche Hemmungen geschaffen. Kommt es zur Liquidierung des Bolschewismus, so erfolgt eine Ueberflutung aller jüdischen Zentren durch die vor den Pogromen fliehenden russischen Judenmassen. Führen die radikalen Zionisten in Polen eine unkluge Politik, so schädigen sie dadurch nicht nur die Interessen der polnischen Judenheit, sie erschweren auch die Lage der Flüchtlinge, ja, sie können es dahin bringen, daß Polen seine Grenzen für diese ganz verschließt.

113. Die Situation in Osteuropa ist um so schwieriger, als infolge des langsamen Ganges und der starken Behinderung des Palästina-Aufbaues der Schwerpunkt der jüdischen Nationalpolitik, wie früher erwähnt, sich nach der Diaspora

verschoben hat. Schon die Tatsache des weiteren Verbleibens der großen jüdischen Konzentrationen in den alten Ländern löst bei den umgebenden Völkern eine sehr ungemütliche Reaktion aus. Diese Reaktion verschärft sich erheblich, wenn die Vertreter der Judenmassen eine Politik führen, durch die sie „das, was sie in Palästina nicht erreichen konnten, nun in Europa erreichen wollen“.

Man sieht, daß diese Dinge, wenigstens insoweit sie sich beeinflussen lassen, nicht weiter im gegenwärtigen Zustande verbleiben können. Das jüdische Volk darf nicht länger zu einer Selbstmordpolitik gezwungen werden, es darf nicht durch das von den Ereignissen überholte Schlagwort von der „verlorenen Position“ auf eine schiefe Ebene gedrängt werden, die in den Abgrund führt. Es darf unter keinen Umständen in seinen jetzigen Wohnstätten den Boden unter den Füßen verlieren, bevor ihm anderswo ein Boden gesichert ist.

115. Eine Reform der Diaspora-Politik wird unentbehrlich. Die maßgebenden Direktiven müssen aus gemeinsamer Überlegung der jüdischen Weltverbände sich ergeben, nur die Ausführung soll in vollstem Ausmaß Sache der Landesbevölkerung sein.

In welcher Richtung die Reform sich zu bewegen hat, liegt auf der Hand.

Zur Zeit der Friedenskonferenz weckten die momentan herrschenden Weltstimmungen die Illusion, daß im Bereiche der Politik eine Verschiebung des Kräftespiels im Sinne ideologischer Losungen, vor allem zugunsten der sog. kleinen Nationen, bereits im Gange sei. Damals schien es, daß die Durchsetzung weitgehender nationaler Rechte für die Juden, die Schaffung einer zentralen Organisation der jüdischen Nationalräte und die Zulassung des jüdischen Volkes zum Völkerbunde auf dieser Grundlage binnen kurzem sich würden erreichen lassen. Heute hat sich die Perspektive geändert. Die Verträge betreffend den Minoritätenschutz sind auf dem Papier geblieben. Ihre Erinnerung wirkt wie rotes Tuch auf die herrschenden nationalen Majoritäten, die in ihnen einen verletzenden Eingriff in ihre Souveränitätsrechte erblicken. Das Pochen auf den Versailler Vertrag ist zwecklos, da der Völkerbund in Friedenszeiten über keine Exekutivgewalt verfügt.

116. Der Kampf um die Rechte der jüdischen Minorität muß auf anderen Wegen und nach anderen Methoden fortgesetzt werden. Als entscheidende Instanzen treten nun

die Landesregierungen und die Parlamente in den Vordergrund. Die Formen des Kampfes müssen milder werden, das Tempo ein langsames. Das Operieren mit der gepanzerten Faust muß auch hier vermieden werden. Immerhin wird dieses politische Ringen, wenn es mit Würde geführt werden soll, ein Kampf bleiben. Deshalb ist es fraglich, ob die jüdischen Minoritäten in den nationalen Parlamenten, wo die größte politische Erbitterung herrscht, zu einem positiven Resultate werden gelangen können. Neben der parlamentarischen Kampfaktion wird daher auch eine außerparlamentarische Verständigungsaktion geführt werden müssen, deren Aussichten unvergleichlich besser sein werden. Ganz besonders, wenn an diesen versöhnlichen Verhandlungen die nichtzionistischen Gruppen der Judenheit beteiligt sein werden, deren Lebensinteressen mit der Landespolitik verbunden sind und die daher gar nicht ausgeschaltet werden dürfen. Die Herstellung einer solchen jüdischen Einheitsfront in den einzelnen Ländern wird ein kategorisches Postulat der neuen Diaspora-Politik sein.

2. Die ausländische Intervention.

Die „Jüdische Organisation“ und die Diaspora-Politik.

116. Trotz des Umschwunges, der auf dem Gebiete der Diaspora-Politik die Kompetenz der Landesfaktoren erhöht, wird die ausländische Intervention auch fernerhin notwendig und von großer Bedeutung sein. Freilich in anderem Sinne, als sie während der Friedenskonferenz erfolgte. Es handelt sich gegenwärtig nicht darum, eine Aktion der ausländischen Regierungen zu veranlassen, sondern ein Eingreifen der ausländischen Judenheit. Die Verhandlungen müßten zwischen einer solchen jüdischen Auslandsvertretung und den osteuropäischen Landesregierungen geführt werden. So wenig sich diese Regierungen einen Eingriff seitens der Großmächte gefallen lassen wollen, so erwünscht ist ihnen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen eine direkte Verständigung mit einflußreichen jüdischen Kreisen des Auslandes.

So wäre nur die Frage zu klären, welche jüdischen Faktoren der Intervention sich zu unterziehen hätten und welche organisatorische Form der jüdischen Vertretung zu verleihen wäre.

117. Man weiß, daß während des Weltkrieges die zionistische Organisation auch auf diesem Gebiete die Initiative ergriffen und die Führung an sich gebracht hat.

Daß das von ihr geschaffene „Comité des délégations juives“ ebenso wie die Welthilfskonferenz nach gewissen Richtungen hin nützlich gewirkt haben, soll nicht in Abrede gestellt werden. Für die Kenner der Verhältnisse unterliegt es aber keinem Zweifel, daß diese Organisationen infolge ihres Aufbaues und Charakters den großen im Bereiche der Diaspora-Politik zu lösenden Aufgaben nicht voll entsprechen können. Ganz wie auf dem Gebiete der Palästina-Politik, ja vielleicht hier noch mehr, hindert das leidige Streben nach der Hegemonie des Zionismus die Erreichung der objektiven Ziele. Die Vertreter der Z. O. gelten den osteuropäischen Regierungen nicht als die maßgebenden Häupter der Weltjudenheit, kommen für sie auch nicht als die in politischen und finanziellen Fragen einflußreichsten Juden des Auslandes in Betracht. Ja, gerade die Z. O. ist ihnen infolge ihrer gegenwärtigen Verquickung mit der radikal-nationalen jüdischen Landespolitik die am wenigsten genehme Instanz. Man muß es unverblümt sagen: sie ist ihnen ein Dorn im Auge. Wir sind aber keineswegs in der Lage, auf den Tisch zu schlagen und den Regierungen zu erklären: „Ihr müßt!“

118. Will man also zu einer wirklichen Verständigung gelangen, so ist im Bereiche der Diaspora-Politik eine allgemein-jüdische Weltorganisation noch notwendiger als auf dem der Palästina-Bestrebungen.

Nun sind bekanntlich gewisse jüdisch-amerikanische Kreise durch die in Amerika herrschenden Stimmungen veranlaßt worden, sich gegen die Form einer jüdischen Weltorganisation auszusprechen. Sie werden eine solche besonders auf dem Gebiete der Diaspora-Politik scheuen. Diese Schwierigkeit muß aus dem Wege geräumt werden. Es ist auch kaum zu bezweifeln, daß dies gelingen wird, falls die Verhandlungen auf richtiger Grundlage geführt werden.

Die amerikanischen Juden werden sich wohl kaum der Einsicht verschließen können, daß die tief eingreifenden Verschiebungen in der Lage der Judenheit nach dem Weltkriege die Schaffung eines neuen Organs zum Schutze der bedrängten Teile derselben erfordern. Der Gedanke, der s. Z. zur Gründung der „Alliance Israélite Universelle“ geführt hat: „daß der zerstreuten Judenheit eine Organisation jene Fürsorge ersetzen muß, die bei anderen Völkern Aufgabe der Regierung ist“ — dieser Gedanke ist nach den neuesten Umwälzungen aktueller denn je. Die A. J. U. aber ist einer solchen Funktion heute nicht mehr gewachsen. Sie ist auch nicht regenerationsfähig. Der Versuch, sie durch die Z. O.

zu vertreten, scheitert an den politischen Verhältnissen unserer Zeit.

119. Etwas neues muß geschaffen werden: Eine jüdische Weltinstitution, an der die nichtzionistischen Kreise in hervorragender Weise beteiligt sind und in der die amerikanische Judenheit die leitende Stellung einnimmt. Bei den ungeheueren Schwierigkeiten, mit denen die Schaffung und Unterhaltung einer solchen Institution verbunden ist, wird es klar, daß man sich darauf beschränken muß, für die Palästina- und Diaspora-Arbeit nur eine einzige Organisation ins Leben zu rufen. Die Lösung des Problems kann also nur darin bestehen, daß die „Jüdische Organisation“ beide Funktionen übernimmt.

120. Jetzt erst tritt das organisatorische Gebilde, dessen Schaffung die heutigen Verhältnisse der Judenheit dringend erheischen, in seinem vollen Umfange vor unser Auge.

Die J. O. müßte eine jüdische Weltvertretung sein, an der sämtliche religiöse, politische und soziale Gruppierungen der Judenheit in angemessener Weise beteiligt sind.

Sie muß den Standpunkt betonen, daß die Juden in jedem Lande voll und ganz auf dem Boden der staatsbürgerlichen Solidarität zu stehen haben. Gleichzeitig aber muß ihr Programm von der Feststellung ausgehen, daß die Juden eine Gemeinschaft darstellen, die einen exceptionellen Charakter trägt und unter exceptionellen Bedingungen lebt. Es ist eine über die ganze Welt zerstreute religiöse und ethnische Einheit, deren Gruppen zum großen Teile von nationalem Bewußtsein beseelt sind und schwerem Drucke unterliegen.

Diese Tatsachen machen eine ausgedehnte Fürsorgetätigkeit erforderlich; die jene Momente umfassen muß, welche sich auf die Judenheit als Ganzes beziehen; eine Fürsorgetätigkeit also, der einzelne Landesgruppen nicht gewachsen sind.

121. Dieser Tätigkeit hat sich die J. O. zu unterziehen. Ihr Wirkungskreis umfaßt im wesentlichen:

1. Förderung des Aufbaues einer jüdischen Heimstätte in Palästina.
2. Regelung der Weltwanderung der Juden.
3. Intervention zwecks Besserung der rechtlichen und sozialen Lage der Juden in den einzelnen Ländern.

122. Das Verhältnis der J. O. zur Z. O. ist schon im Zusammenhang mit der Palästina-Arbeit erörtert worden. Man weiß, daß die J. O. nach demokratischen Prinzipien

aufgebaut werden muß, so daß die Z. O. den Anspruch auf Ausübung einer Parteidiktatur innerhalb dieser Institution nicht erheben kann. Andererseits weiß man aber auch, daß hinsichtlich des Kurses der neuen Organisation genügende Garantien geschaffen sein werden. Die J. O. wird nie „Alliance-Politik“ treiben können. Sie wird nicht eine Institution sein, die den jüdischen Massen assimilatorische Tendenzen aufzwingt. Vielmehr wird sie als Leitung der Weltjudentum nach demokratischen Prinzipien die nationalen Forderungen der weitaus überwiegenden Mehrheit zu vertreten haben. Sie wird dies in genauer Kenntnis der Weltstimmungen und der lokalen Verhältnisse mit politischer Reife und Umsicht tun.

123. So wird eine neue, jüdische Welttribüne entstehen, deren Kundgebungen maßvoll und rationell sein werden; die wahre jüdische Zentralinstanz, deren Bemühungen nach mancher Richtung Erfolg beschieden sein dürfte.

Hat die J. O. auf der Grundlage des hier umschriebenen Programms die Judenheit und die Welt an ihre Betätigung gewöhnt, so wird es ihr vielleicht mit der Zeit möglich sein, auch noch höhere Funktionen zu übernehmen, die sich aus dem Wesen des Judentums sowie seiner Berufung und Stellung innerhalb des Völkerkreises ergeben¹⁾.

124. Ein wichtiger Hinweis ist hier zum Schlusse unerläßlich. Die J. O. kann bei der ungeheueren Schwierigkeit ihres Aufbaues nicht als bald erreichbares Instrument zur Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten in der Diaspora ebenso wie in Palästina betrachtet werden. Sie bildet ein Ziel, dessen Verwirklichungstermin niemand zu bestimmen vermag. In der Periode jedoch, die uns von ihrer Gründung trennt, kann die politische Leitung des Zionismus auf beiden Hauptgebieten unmöglich in dem gegenwärtigen Zustande der Verfahrenheit, der inneren Diskordanz und der verantwortungslosen Willkür verbleiben. Die zionistische Opposition hat darauf hingewiesen, daß die Leitung in den schwierigsten und entscheidendsten Fragen sich stets zu zwei entgegengesetzten Ansichten bekennt. Sie huldigt einem unaufrichtigen Radikalismus, um sich den Beifall der Massen zu sichern, und operiert zugleich selbst nach den konzilianteren Methoden, die die Opposition befürwortet. Sie beruft sich zur Entschuldigung

¹⁾ Vgl. „Integrales Judentum.“ I „Vom integralen Programm der jüdischen Bewegung“.

ihrer schwersten politischen Fehler auf den „Willen des Kongresses“ oder den „Willen des Volkes“, während sie in Wahrheit völlig diktatorisch vorgeht. Dieser politischen Illegalität muß ehestens ein Ende gesetzt werden. Es müssen richtunggebende und kontrollierende Organe geschaffen werden, vor denen die ausführenden Stellen für ihre politische Tätigkeit sich zu verantworten haben; Organe, die ihres Amtes in wirksamerer Weise walten, als das Aktions-Komitee es bis jetzt im Verhältnis zur Exekutive getan hat.

Dritter Abschnitt.

Die Durchführung der Reformaktion.

I. Dringlichkeit der Abhilfsmaßnahmen.

125. Die Krisis im Zionismus und Judentum hat heute noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Einfachste Vorsicht gebietet jedoch, die Rettungsvorkehrungen nicht solange hinauszuschieben, bis das, was heute in Palästina und in Osteuropa so bedrohlich gärt, völlig herangereift ist. Die Z. O. darf nicht warten, bis unter dem Drucke der Ereignisse andere jüdische Kreise sie desavouieren und die Führung der jüdischen Angelegenheiten ihren Händen entwenden. Wir wissen es übrigens: Jene Komitees, die nach dem Eintreten von Katastrophen improvisiert werden, tragen den Charakter einer „Chewra Kadischa“. Soll dem schlimmsten vorgebeugt, soll durch eine planmäßige Sanierung der Verhältnisse die Zukunft gesichert werden, so muß man an die Vorbereitung der Reformaktion ohne Verzug herantreten.

Nichts wäre in diesem Augenblick gefährlicher, als sich von dem offiziellen Propaganda-Optimismus einlullen zu lassen, ein apathisches „laissez aller“ zu beobachten, oder trotz besserer Einsicht aus Furcht vor den inneren Hindernissen der Reform von vorn herein die Hände sinken zu lassen.

II. Schwierigkeit einer Kursänderung.

126. Freilich ist eine Kursänderung innerhalb der zionistischen Bewegung mit sehr erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Nicht daß es an Einsicht in ihre Notwendigkeit mangeln würde. Die weitaus überwiegende Majorität gibt sich Rechenschaft davon, daß die zionistische Politik sich auf einer schiefen Ebene bewegt, sie empfindet die Hohlheit der offiziellen Kundgebungen. Der Kongreß spielt gern Parlament. Nun: in jedem Parlament würde das Kabinett nach den schweren Mißerfolgen seiner Politik

weggefegt worden sein. In der Z. O. blieb seine Position unerschüttert, weil hier Verhältnisse eigener Art vorliegen.

Die zionistische Bewegung trägt heute nicht mehr jenen Charakter flüssiger, bildsamer und schöpferischer Begeisterung, der ihr in ihren Anfängen eigen war. Sie ist erstarrt und mechanisiert. Berufspolitiker tragen sie. Man steht vor Schablonen, die einer festfundierten Interessenverzweigung entsprechen. Diesen Epigonenzionismus beherrschen Unteroffiziere, höchst kundig im Massendruck, aber weit entfernt von aller neuaufbauenden Gedankenarbeit.

127. Männer von richtigen Anschauungen, die an ihre Ueberzeugung und das Wohl der Sache alles setzen, sind heute in der Bewegung äußerst dünn gesät. Und auch diese wenigen sind größtenteils zur Tatenlosigkeit verurteilt. Was ich an anderer Stelle vom Lauf der Weltgeschichte sagte, gilt auch vom Zionismus:

„Die Blinden machen Geschichte, die Sehenden Literatur.“
Die Einen haben den Kampf längst aufgegeben. Ihr Wahl-spruch ist:

„Unsinn, du siegst — und ich muß untergehn!“

Andere verharren als wachsame, aber isolierte Kraft-zentren, bis die Entwicklung der äußeren Ereignisse den Kontakt zwischen ihnen herstellt. Sie wollen es nicht riskieren, an der Schaffung der neuen Richtung, die sie kommen sehen, sich organisatorisch zu beteiligen. Sie ziehen es vor, sich von ihr tragen zu lassen.

128. Ohne dieses etwas vorsichtige Heldentum zu billigen, kann man es doch menschlich begreifen. Die allgemeine Mutlosigkeit und Passivität, die in den zionistischen Reihen herrscht, steckt selbst die Besten an. Der Zionismus ist keine Religion mehr, wie es das frühere Judentum war, das jedes Opfer verlangen konnte. Er ist eine moderne, politische Bewegung. Wir haben es nicht mit Heroen, sondern mit Menschen zu tun. Selbst die Aktionsfähigsten, die potenziellen Führer, fragen sich: „Wie durchbricht man die doppelte, lebende Mauer, die die Schablone schützt, die Kongreß-Delegierten und die Bureaukratie?“

129. Die Kongreß-Delegierten bilden eben jenes parlamentarische Unikum: eine unentwegte Opposition, die aber von ihren Ueberzeugungen keinen Gebrauch macht, sondern die festeste Regierungsstütze abgibt. Es sind brave und kluge Menschen, die aber jede Reformaktion mit Weisheits-sprüchen von sich weisen. Sie sagen etwa:

„Gewisse Gesinnungen sind für die Politik zu vernünftig und zu anständig.“ — Oder auch:

„Unvernunft und Verlogenheit ziehen durch Wahlverwandtschaft die Massen unwiderstehlich an“.

Die Wahrheit ist: Ihr Instinkt sagt ihnen, daß es sicherer ist, sich an die große Masse zu halten, als Reformabenteuer zu suchen. Sie wollen nicht ihre Position in der Partei, den Beifall des Kongresses, die Anerkennung der Presse verlieren. Sie fürchten, „trefe“ zu werden, auf ein totes Geleis zu kommen, als „Verräter“ von den Offiziellen mit dem großen Bannfluch belegt zu werden.

130. Und nun erst die Offiziellen: Wie sollen diese das Schwert gegen sich selbst wenden? Will man gerecht sein, so muß man zwei Gruppen unter ihnen unterscheiden. Es gibt da eine Kaste von Auguren, die einander in jeder Situation verstehen, die ohne tieferen Anteil, skrupellos und lächelnd auf allen Registern politischer Verstellungskunst spielen. Aber es gibt auch warm fühlende und kritisch denkende Beamte, die sich nur nicht den Luxus einer unabhängigen Ueberzeugung gönnen können, deren Existenz mit der offiziellen Richtung verwachsen ist. Unter dem Druck der Verhältnisse entschließen sie sich lieber zu intellektuellen als zu materiellen Opfern, verschlucken tapfer alles, wogegen ihr Inneres sich aufbäumt und bringen es zu Wege, einander gegenseitig rauschende Ovationen auf Trümmerhaufen zu veranstalten, um die „Erfolge der Leitung“ zu feiern.

III. Möglichkeiten und Aussichten eines Umschwungs.

131. So groß die Schwierigkeiten sein mögen, sie dürfen die Reformbestrebungen nicht aufhalten. Zuviel steht heute auf dem Spiele. Es ist Pflicht aller Einsichtigen, einen entscheidenden Kampf zu versuchen, bevor die Kurzsichtigkeit der Führer und die Passivität der Massen das Palästina-Werk begräbt und die osteuropäische Judenheit ins Verderben stürzt. Worauf es ankommt, ist nur der Willensakt, der Entschluß zur Reform: Denn den großen Schwierigkeiten stehen auch große Aussichten gegenüber.

Nach der jüdischen Ueberlieferung gibt es in jeder Generation 36 Gerechte (Lamedwaw), durch die die Welt gerettet wird. Solche 36 Gerechte leben heute sicherlich auch in unseren Reihen. Durch sie wird die Judenheit gerettet werden; wenn sie sich zusammenfinden.

132. Die heute in der Z. O. herrschende Richtung mag Unkundige durch eine imponierende Fassade täuschen. Die Kundigen wissen, daß diese Fassade unterminiert ist, daß es nur eines kräftigen „Anstoßes“ bedarf, um die enttäuschten, empörten und auf eine heilsame Wendung wartenden Massen aus ihrer heimlichen Opposition herauszudrängen und sie zum offenen Anschluß an die Reformpartei zu bewegen. Mächte ganz anderer Art, durch andere „Bureaukratien“ und „Armeen“ geschützt, sind unter dem Hauch des erwachenden Volksbewußtseins zusammengestürzt.

133. Die Aengstlichkeit der Reformfreunde ist um so weniger am Platze, als die neue Bewegung bereits in mehreren Ländern, vor allem in Amerika, Deutschland und Holland, von verschiedenen Zentren aus, unter verschiedenen Lösungen, im Grunde genommen jedoch in derselben Richtung, bedeutsam eingesetzt hat. Ja, so paradoxal es klingt: Es gibt sicherlich unter den heutigen Führern solche, die sich danach sehnen, „gestürzt zu werden“, d. h. an die heute herrschende verderbliche Richtung nicht mehr gebunden zu sein, die ganze Bluffpolitik abzustreifen und für ihre Wirkungen keine Verantwortung mehr zu tragen. Erinnern wir uns daran, was früher gesagt wurde: Führer und Massen sind heute Gefange unzeitgemäßer Losungen. Die herrschende Suggestion zwingt sie, einander gegenseitig in ein Fahrwasser zu schleifen, aus dem beide herausmöchten. Glaubt man, daß es unter den Leuten am Ruder keinen gibt, der die Riffe sieht, denen wir zusteuern, keinen, der nur den Zuruf der Massen abwartet, um den Kurs zu ändern?

Rafft man sich zu dem Entschluß auf, die Bewegung zu sanieren, ihr eine vernünftige, den realen Verhältnissen entsprechende Richtung zu verleihen, dann ist die Unterstützung der gesamten Judenheit gewonnen, dann steht auch in Palästina die Bahn offen. Das Ziel ist groß; alle Kräfte müssen angespannt werden, um es zu erreichen.

IV. Taktik und Organisation der Reformaktion.

Der Neuzionismus.

1. Einheit, nicht Spaltung.

134. Unter den heutigen Umständen, d. i. bei der Handgreiflichkeit der verderblichen Wirkungen der bisherigen Richtung, wäre es eigentlich Sache des einsichtigen Teiles der Leitung der Z. O. die Reform selbst in die Hand

zu nehmen. Eine verdienstvolle und geschichtlich große Aufgabe ist hier zu lösen. Der Umstand jedoch, daß die der Reform am meisten geneigten Mitglieder der Exekutive zurückgetreten sind, beweist zur Genüge, welche Tendenzen innerhalb der Leitung heute noch überwiegen.

135. Welchen anderen Weg sollen nun die Reformfreunde einschlagen?

Es ist eine sehr bezeichnende Tatsache, daß heute innerhalb der Z. O. Stimmung dafür vorhanden ist, den einer internen Wandlung direkt entgegengesetzten Weg zu wählen und eine Sezession durchzuführen. Diejenigen, die diese Taktik befürworten, stehen nicht nur unter dem Einflusse des amerikanischen Beispiels. Sie berufen sich auch darauf, daß bis jetzt alle Anläufe zu einer gründlichen Reform innerhalb der Z. O. ergebnislos waren; daß es eine Illusion sei, an die Möglichkeit einer Umkehr zu glauben; daß jede große Bewegung, wie z. B. die sozialistische, auf einer gewissen Stufe der Entwicklung naturgemäß Spaltungen unterliegt; daß die zionistische Bewegung groß genug sei, um eine Sezession zu ertragen. Die so sprechen, schlagen also die Errichtung einer Z. O. II vor, die in voller Unabhängigkeit, ohne die lastende Kette eines diskretierenden, politischen Erbes und unversöhnlicher Meinungsverschiedenheiten neue, aufbauende Arbeit verrichten könnte.

136. Dieser scheinbar so zweckentsprechende Weg sollte nicht in Betracht kommen. Selbst wenn es gelänge, durch Spaltung ein lebensfähiges Gebilde zu schaffen, würde die Zweiteilung doch nur zu einer empfindlichen Schwächung führen. Die zwei Sonder-Organisationen würden in offenem Kampfe miteinander liegen. Sie würden einen erheblichen Teil ihrer Kräfte auf diesen Kampf verwenden müssen und würden einander innerhalb der Judenheit und im Verhältnis zu äußeren Faktoren Konkurrenz machen. Dabei würde jede von ihnen doch nur als eine halbe Z. O. eingeschätzt werden.

Der Sieg der neuen Richtung soll nicht durch Sezession, sondern durch Gewinnung eines bestimmten Einflusses innerhalb der Z. O. angestrebt werden. Die Losung soll von Anfang an lauten: Nicht Spaltung, sondern Einheit.

2. Der Block der Neuzionisten.

137. Durch eine entsprechende Vorbereitung ist eine intensivere Massendurchdenkung aller Hauptprobleme herbeizuführen. Im Grunde genommen wird sich jedoch die

Frage der Kursänderung doch nur innerhalb eines kleinen Kreises von ausschlaggebenden Persönlichkeiten abspielen, so daß auch die heutige Opposition kämpffähig wird, sobald sie nur eine kleine Gruppe von aktiven Männern auf einer gemeinsamen Plattform zu vereinigen imstande ist. Diese Gruppe von Initiatoren, eine „Fraktion der Gerechten“, wird sich bei konsequenter Anwendung des Konzentrationsprinzips sicherlich organisieren lassen. Angesichts des ungeheueren Ernstes der Lage müssen sich alle Zionisten, die für die neue Orientierung Verständnis haben, zusammenfinden. Die aktiven und die a. D., die von der Majorität Geknebelten im Zentrum und die längst „Hinausgeekelteten“ an der Peripherie. Alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten müssen beiseite gestellt, alle Nachwirkungen früherer Differenzen vergessen werden.

138. Die erste organisatorische Tat muß darin bestehen, einen bestimmten, innerhalb der zionistischen Bewegung latent vorhandenen Typus organisatorisch herauszuheben und in Aktion treten zu lassen. Leute, die den Mut haben, auch in der Politik „vernünftige und anständige Gesinnungen“ zu vertreten; aufrichtige, wahrhafte Menschen, die die ganze jüdische Bewegung auf ethischen Prinzipien basieren wollen, die es ablehnen, in Nachahmung der modernen Gewaltpolitik „sich um Palästinas willen mit dem Teufel zu verbünden“, Zionisten, die im Zionismus keinen Gegensatz zum Judentum, sondern eine Potenzierung des Judentums erblicken. Demnach Juden, die sich zu einem integralen jüdischen Programm bekennen; die weder Partei, noch National-Imperialisten sein wollen, sondern nach den Prinzipien der Mäßigung und Einheit mit anderen Gruppen der Judentum zu kooperieren bereit sind, ohne ihnen ein Joch aufzuzwingen; die in Palästina und in der Diaspora den nicht-jüdischen Völkern gegenüber eine von Würde, aber auch von Wirklichkeitssinn zeugende Politik geführt sehen möchten, Vorkämpfer des jüdischen Nationalgedankens, aber nicht als seine anspruchsvollen, egozentrischen Parasiten, sondern als seine bescheidenen, uneigennütigen Diener.

139. Ist einmal ein solches Zentrum von Neuzionisten gebildet, so wird es die geeigneten Mittel ergreifen, um alle mit seiner Richtung Sympathisierenden um sich herum zu gruppieren. Hierbei darf die Zugehörigkeit zu verschiedenen Landsmannschaften, interterritorialen Föderationen oder losen Gruppen neueren Datums keine trennende Rolle spielen. Das neue Problem ist nicht

weniger umfassend, sondern noch umfassender als das des bisherigen Kongreß - Zionismus. Wenn innerhalb des letzteren sämtliche Schattierungen von den „Misrachi“ bis zu den „Poale Zion“ sich zusammenfinden konnten, so wird im Rahmen des Neuzionismus noch eher für sie Platz sein.

Die organisatorische Form, welche anzustreben ist, kann nichts anderes sein, als ein

Freier Block aller Neuzionisten

dessen Mitglieder innerhalb ihrer autonomen Gruppen für das neue Programm wirken und werben.

3. Die Umgruppierung der Aktiven.

140. Es sei betont, daß die heutige Reformbewegung sich nicht gegen die Personen der maßgebenden Führer des offiziellen Zionismus wendet. Zunächst ist es keineswegs gesagt, daß die neue Richtung nur von Oppositionellen gestützt werden wird, daß nicht auch manche, heute majorisierte Mitglieder der Leitung ihr beitreten werden. Andererseits wird der Kampf um die Reform von der Opposition keineswegs mit persönlichen, ehrgeizigen Absichten unternommen, unter der Losung: „Ôte-toi de là pour que je m'y mets!“ Er verfolgt rein sachliche Zwecke. Keiner von den Oppositionellen beneidet die heutigen Führer um den bitteren Vorrang ihres verantwortungsreichen Amtes, keiner sehnt sich darnach, seine Berufsarbeit gegen diese aufreibende Tätigkeit umzutauschen.

141. Diese Haltung den heutigen Führern gegenüber wird den Reformfreunden auch durch ihre prinzipiellen Gesichtspunkte diktiert. Es gehört mit zu den Zielen der Reform, die bisherige rücksichtslose, persönliche Konkurrenz innerhalb der Organisation zu beseitigen. Jene Konkurrenz, die als eine politische Selbstverständlichkeit betrachtet wurde und die vielfach dahin führte, daß die Machthaber oder Prätendenten ihre Personen auf Kosten Berufenerer und damit auch auf Kosten der Bewegung durchsetzen. So schwer es den Matadoren des Konkurrenzkampfes auch fallen mag, eine andere Denkweise zu begreifen: Die Reformfreunde empfinden es nicht nur als Pflicht, sondern als Genugtuung, kein leistungsfähiges Mitglied der Partei, und sei es auch ein persönlicher Gegner, „kaltzustellen“, alle wertvollen Persönlichkeiten an dem gemeinsamen Werk sich betätigen zu lassen.

142. Freilich müssen für die Einhaltung der neuen Richtung Garantien geschaffen werden. Es darf sich nicht wiederholen, was schon einmal geschehen ist, daß vom Kongreß das réalpolitische Programm prinzipiell angenommen und dann von der Leitung das diplomatische Programm ruhig weiter befolgt wird. Die grundsätzlichen, unversöhnlichen Gegner der neuen Richtung werden zurücktreten müssen, insoweit sie politisch ausschlaggebende Stellungen einnehmen. Die Vertreter der Reformbewegung werden auch darauf dringen müssen, daß die politisch-radikalen Elemente, ob sie nun führende oder subalterne Positionen einnehmen, ausgeschaltet werden.

143. Wohlverstanden: Die Opposition wendet sich nicht gegen die Radikalen der Idee, die in schöpferischer Stille, im unantastbaren Reiche des Geistes das moralische Gerüst der Bewegung aufbauen, die das innere Gesetz künftiger Geschlechter hervorbringen und der Nation ihre Schwingen verleihen. Sie kämpft vielmehr für die volle, von allen Kompromissen verschonte Freiheit der Schöpfer und Pfleger des Gedankens.

144. Wohl aber wendet sie sich gegen jene extremen Politiker, die einem Wahnsinnigen zu vergleichen sind, dem ein Schwert in die Hand gegeben wurde. Sie wendet sich gegen jene Ultras, die während der Türkenherrschaft unsere große Chance in Palästina durch ihre Politik vernichtet haben und die die neue Chance unter dem Mandat Großbritanniens vernichten werden. Gegen jene, die nun auch in das Haus der Zerstreuung die Brandfackel schleudern, die, wo immer sie zur Macht gelangen, jedes politischen Augenmaßes bar das jüdische Volk zur Schlachtbank führen. Diesen unverantwortlichen Verantwortlichen muß die politische Zwangsjacke angelegt werden.

145. In diesem Zusammenhange kann den maßgebenden Führern der Zionistischen Organisation trotz ihres hier gewürdigten verdienstvollen Wirkens ein schwerer Vorwurf nicht erspart bleiben. Sie hätten in der Wahl ihrer Mitarbeiter vorsichtiger sein müssen. Sie hätten dem Klikenwesen innerhalb des Zionismus nicht Konzessionen machen sollen, die schließlich zur ernstesten Gefährdung der jüdischen Sache geführt haben. Wenn ein zionistischer Politiker vom Schlage jener, die unerträgliche Arroganz mit nationaler Würde und törichte Taktlosigkeit mit mannhafter Politik verwechseln, sich in die Exekutive hineindrängen will; wenn ein Mann, dessen verfehlter Taktik es mit zu verdanken ist, daß Palästina in der Periode vor dem Welt-

kriege uns verschlossen blieb, sein verhängnisvolles Treiben fortsetzen will; wenn ein jüdischer Literat den wahnwitzigen Drang in sich verspürt, die Rolle eines zionistischen Trotzki zu spielen, Fiktionen von jüdischen Armeen in Palästina und der Ukraine schafft und so mit dem Schicksal und Leben von Millionen Juden auf eigene Hand in frevelhafter Weise spielt — dann darf die zionistische Leitung diesem pathologischen Gebahren nicht die Folie ihrer Autorität verleihen. Sie darf sich mit einem solchen Mann und seiner Politik der reinen Unvernunft nicht solidarisieren. Sie darf ihn nicht zum „Chef der zionistischen Weltpresse“ machen und noch viel weniger sein Programm übernehmen. Sie hätte es unter keinen Umständen dazu kommen lassen sollen, daß erst die zionistische Opposition und die Empörung der Weltjudenheit so unverantwortlichen Fehlern ein Ende machen.

146. Diese Ausführungen sollen aber keineswegs als eine Absage an die Politik überhaupt aufgefaßt werden. Immer wieder sei es betont: Nur die hohlen Proklamationen und das ewige „Fata-Morganisieren“ des Volkes, nur die maßlose Draufgängerei und die Pose des Kriegsgottes will man aus der jüdischen Politik entfernt sehen.

Und noch eines: Auch der Kampf gegen die radikalen Politiker ist keineswegs so gedacht, daß ihnen etwa jede Betätigungsmöglichkeit innerhalb der Bewegung abgeschnitten werden soll. Auch im Verhältnis zu ihnen gilt es: Mit der Tradition, lebende Leichname zu schaffen, soll gebrochen werden. Wieder sei es unterstrichen: Die jüdische Bewegung ist so arm an Menschen, daß jeder auf einen Posten gestellt, jeder zur Höchstanspannung seiner Kräfte ermuntert werden sollte. Nicht um eine Eliminierung, sondern um eine Umgruppierung der aktiven Kräfte handelt es sich. Die jetzt zum Schaden der Judenheit wirkende Begabung und Rührigkeit der Extremen soll zum Nutzen der jüdischen Sache verwendet werden. Mögen sich diese Elemente im Bereiche des organisatorischen Aufbaues und der finanziellen Propaganda betätigen. Da mögen sie Dynamit reden, bis die am festesten verschlossenen Herzen und Kassen sich öffnen.

5. Krisis und Lösung.

147. Wir stehen am Schlusse. Einen Ausweg aus der Sackgasse haben wir gesucht, in die die zionistische Bewegung und die Judenheit geraten sind.

Wir haben uns überzeugt, daß die Anwendung von Palliativmitteln erfolglos wäre. Rettung kann heute nur eine radikale Reformaktion bringen, die nicht das Hinwegkommen über momentane Verlegenheiten, die Ueberwindung einer einzigen politischen Konstellation zum Ziele hat, sondern den jüdischen Bestrebungen durch Beseitigung der tiefer liegenden, inneren und äußeren Hemmnisse endlich einen freien Weg in eine dauernd gesicherte Zukunft bahnen will.

148. Fassen wir die Situation zusammen. In ihrer Kritik des Staates stellen Marx und Engels fest, daß in einer gewissen Phase der Staatsapparat von dem Mutterboden der Gesellschaft, die ihn hervorgebracht hat und der er dienen soll, sich loslöst und zu einem parasitären Organismus wird, der sich von der Gesellschaft nährt und ihre freie Entwicklung hemmt. Eine ähnliche Phase hat der Apparat des werdenden, jüdischen Gemeinwesens schon auf dem Wege zu seiner Verwirklichung erreicht.

In der Tat gleicht die Zionistische Organisation heute einem riesigen Polypen, der mit seinen Fangarmen die Judenheit der ganzen Welt umspannt und ihre lebendigen Kräfte aufsammelt, aber sie nicht zum Besten der Judenheit verwendet. Sie dienen dazu, um ihn zu erhalten und um einer unfruchtbaren, den wahren Interessen der Judenheit abträglichen Aktion durch Unterdrückung heilsamer Bestrebungen das Monopol zu sichern. Ein unaufrichtiger, nur auf momentane, äußere Effekte gerichteter Geist, verhängnisvolle politische Methoden und unzulängliche Finanzgebahrung haben schließlich zu einer kritischen Situation geführt, die die Gefahr eines katastrophalen Scheiterns der zionistischen Bestrebungen und des Zerschellens der Zionistischen Organisation, andererseits aber auch die unendlichen Leiden, maßloser Verzweiflung und unheilvollster Zersplitterung für die Judenheit in unmittelbare Nähe rückt. Die instinktive Ahnung des in der Luft hängenden Zusammenbruchs ist es, die heute schon nicht bloß die kritischen Vordenker des Zionismus, sondern auch seine alte Garde und resignierte Gefolgschaft in das Lager der Opposition treibt. Alle empfinden es, daß es, wenn überhaupt eine Rettung noch möglich ist, ohne einschneidende Reform nicht geht; daß aber die Reform im Falle des Erfolges für die ganze weitere Richtung der zionistischen Bewegung, ja für den Charakter des entstehenden jüdischen Gemeinwesens von entscheidender Bedeutung sein wird.

149. Alle begreifen auch, daß die Sanierungsaktion nicht erst vom kommenden Kongreß erwartet werden darf, sondern durch die Reformgruppen innerhalb der Landesorganisationen baldigst eingeleitet werden muß. Nicht nur, weil die Situation ein untätiges Abwarten nicht duldet, weil höchste Gefahr im Verzuge ist, sondern auch weil der Kongreß in seiner jetzigen Zusammensetzung sich als völlig inkompetent erwiesen hat. Es ist kein Zufall, daß fundamentale, vom Kongreß mit überwiegender Majorität gefaßte Beschlüsse, wie die den Keren Hajessod oder die politische Tätigkeit der Landesorganisationen betreffenden, wenige Monate nach dem Kongreß die stärkste Opposition weiter zionistischer Kreise hervorgerufen haben.

150. Solange die jetzigen Finanz- und Verwaltungsmethoden innerhalb der Z. O. fort dauern, wird der Kongreß immer dasselbe öde Bild darbieten, wird er stets die schiefe Ebene bilden, auf der Zionismus und Judenheit in den Abgrund rollen. Die zionistische Bureaukratie lenkt die Kongreßwahlen gemäß ihren Interessen. Die meisten Delegierten können eher als ernannt, denn als gewählt bezeichnet werden. Man sorgt dafür, daß selbständige Geister und Reformgruppen keine Mandate erhalten. Dafür aber bezahlt man unreifen jungen Menschen, die sich manchmal mit vielem Lärm scheinbar oppositionell gebärden, im Grunde aber dazu bestimmt sind, die „überwältigende Majorität“ bei den Abstimmungen zu bilden, die Reise- und Aufenthaltskosten aus den Einnahmen der Organisation oder vielmehr aus ihren Fonds. Unter solchen Umständen ist es klar, daß heilsame Entscheidungen nur außerhalb des Kongreßes fallen können oder mindestens vorbereitet werden müssen.

151. Wird es möglich sein, ein Reformprogramm, wie es am Ende dieser Schrift zusammengefaßt ist, zu verwirklichen? Es ist nichts Geringes, worum es sich handelt. Die Zionistische Organisation muß eine tief einschneidende Reorganisation erfahren; aber diese Reorganisation muß in einer solchen Weise durchgeführt werden, daß die Z. O. durch sie weder gespalten noch geschwächt wird, sondern gesundet und gefestigt aus ihr hervorgeht. Die nächste Etappe der Reformaktion muß die programmatische, zum mindesten aber die taktische Verständigung der oppositionellen Gruppen bilden. Sie stellt keine leichte Aufgabe dar: denn die Opposition erstreckt sich heute nicht nur auf alle Hauptländer der zionistischen Bewegung, sondern auch auf alle ihre Hauptströmungen. Es gibt eine radikal-nationalistisch und eine staatsbürgerlich gefärbte Opposition,

eine fast offiziell-zionistische, zahme Reformrichtung und eine entschlossene, aufs Ganze gehende. Den einen handelt es sich nur um eine Verwaltungsreform, den andern um einen neuen Geist. Diese Schwierigkeiten müssen aplaniert, ein gemeinsamer Weg muß gefunden werden. Die Reorganisation der Z. O. ist von größtem Belang nicht für die Partei, sondern auch für die Gesamtjudenheit. Denn es wird den neutralen Kreisen klar werden, daß der Weg zur Lösung der Palästina-Krisis und zur Sanierung der Diaspora-Lage heute nur durch die zionistische Organisation geht. Erst wenn innerhalb dieser der zeitgemäße Umschwung stattgefunden hat, wird jenes gesamtjüdische Programm angebahnt werden können, das allein dauernde Abhilfe zu bringen vermag:

152. Die Hüter der alten Richtung innerhalb der zionistischen Bewegung werden sich wehren. Sie werden aber diesmal kaum den Mut zu ihrem üblichen Manöver finden: Als die „einzig berechtigten Repräsentanten des jüdischen Volkes“ aufzutreten, das „wahre nationale Interesse“ zu monopolisieren und alle Andersdenkenden als Ketzer zu brandmarken. Denn heute sitzen sie auf der Anklagebank. Die Augen der Massen sind geöffnet und unterscheiden genau, auf welcher Seite das Recht ist. Das Klügste, was sie tun könnten, wäre, zu erfassen, was heute im Werden ist, und mit der neuen Reformbewegung in Fühlung zu treten. Die heutige Opposition bietet ihnen eine große Chance: Sie reicht ihnen die Hand, um ihnen zum Betreten der neuen Bahn zu helfen. Nicht immer werden sie eine solche Opposition finden.

153. Die Kritik, welche heute nötig geworden ist, wird sich nicht mehr damit begnügen können, für den künftigen Historiker der Judenheit „Dokumente der Zeit“ zu liefern, welche dartun sollen, daß es an Einsicht in die wahren Ursachen unserer Mißerfolge nicht gefehlt hat. Die Kritik muß zur Reform werden, wenn das jüdische Volk vor Katastrophen, wie sie selbst seine leidvolle Geschichte noch nicht kennt, bewahrt bleiben will.

Die heute aufeinanderfolgenden Kundgebungen der Kritik sind nicht Stimmen Vereinzelter. Auch die vorliegende Schrift ist nur eine Verdichtung der Urteile und Forderungen vieler Einsichtigen. Auf jener großen jüdischen Straße, die von Jerusalem bis nach New York führt und an der alle Zentren der Welt liegen, wird der Weckruf sich fortpflanzen, bis das jüdische Volk sich erhoben hat und tausendstimmig verlangt: „Führt uns einen anderen Weg!“

154. Vor diesem Donnerton des Volkswillens wird der Vorhang aufgehen, hinter dem die Régisseüre des Zionismus, unbekümmert um den Gang der Ereignisse, seit einem Vierteljahrhundert ein und dasselbe Stück inszenieren. Und ein anderes Schauspiel wird über die Bühne gehen. So gewiß noch jede extreme Bewegung ihren neunten Thermidor erlebt hat, so gewiß wird die erste extreme Periode des Kongreß-Zionismus ihr Ende finden und die Politik der „Weisheit und Mäßigung“, die Lord Robert Cecil dem jüdischen Volke empfiehlt, anbrechen. Der Weltkrieg, das Versagen des „großen Momentes“, auf den die Anhänger der alten Richtung ihre ganze Hoffnung gesetzt hatten, bildet den natürlichen Abschluß dieser Periode. „Die Welt ist der Sensationen müde“, warnt Lloyd George. Die Zeit des besonnenen und maßvollen Neuzionismus ist gekommen.

Entwurf eines Reformprogrammes.

I. Allgemeine Punkte.

1. Orientierung der Palästina- und Diaspora-Politik des Zionismus im Sinne der inneren Aufrichtigkeit, der Anpassung an die realen Verhältnisse, der Mäßigung und der einträchtigen Zusammenarbeit mit der Gesamtjudenheit ohne Anspruch auf Hegemonie.

2. Ueberwachung der Politik der Zionistischen Exekutive durch richtunggebende Organe.

3. Sanierung der zionistischen Finanzgebarung durch Beobachtung kaufmännischer Solidität, durch strenge Kontrolle, durchgreifende Reduktion der Spesen der Z. O. und deren Deckung aus den laufenden Einnahmen ohne Antastung der Fonds.

II. Palästina-Politik.

4. Zurückstellung des Baseler Programms und der Balfour-Deklaration als Verhandlungsgrundlagen.

5. Formulierung nachstehenden Programmes für die gegenwärtige Periode:

„Freie Einwanderung, freie wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in einem arabisch-jüdischen Palästina.“

6. Kooperation mit der Gesamtjudenheit unter Voranstellung des wirtschaftlichen Aufbaues Palästinas. Vorbereitung einer allweltlichen, zwischenparteilichen „Jüdischen Organisation“.

7. Gesinnungsreine Pflege der national-jüdischen Idee auf dem Boden der zionistischen Bewegung, des jüdischen Schulwerkes und der jüdischen Kultur.

8. Anstreben einer dauernden Verständigung mit den Arabern auf neuen politischen und wirtschaftlichen Grundlagen unter Beteiligung der „Jüdischen Organisation“.

9. Erwirkung des Charakters eines ewig neutralen, unantastbaren Landes für Palästina.

10. Aenderung der finanziellen und wirtschaftlichen Methoden:

a) Anpassung des Systems der Aufbringung und Verwaltung der Palästina-Fonds an die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Länder sowie an die Wünsche der nichtzionistischen Kreise und der Landesgruppen.

b) Aufstellung elastischer Prinzipien für die Sammlungen des Keren Hajessod.

- c) Ausschließliche Verwendung des Keren Hajessod für Aufbauzwecke in Palästina.
- d) Ueberlassung eines Teiles der aufgebrauchten Fonds zur Verfügung der Landesvertretungen.
- e) Durchführung einer Nationalanleihe unter Führung der „Jüdischen Organisation“.
- f) Nachdrückliche Ermunterung und wirksame Unterstützung der Privatinitiative beim Aufbau Palästinas.
- g) Förderung des wirtschaftlichen Vordringens in Palästina auf privat-kapitalistischem und genossenschaftlichem Wege ohne Preisgebung der sozialistischen Formen des definitiven Aufbaues.

III. Diaspora-Politik (Osteuropa.)

11. Ersetzung der Intervention ausländischer Mächte durch direkte Verhandlungen mit den Landesregierungen und Parlamenten.
12. Aufstellung maßvoller, den jeweiligen lokalen Verhältnissen angepaßter, etappenweise aufsteigender Programme durch die jüdischen Landesvertretungen.
13. Befolgung einer der nationalen Würde entsprechenden, aber nicht herausfordernden Taktik.
14. Bildung einer jüdischen Einheitsfront im Bereiche der Diaspora-Politik durch Kooperation der zionistischen Vertretungen mit den nichtzionistischen Gruppen auf paritätischer Grundlage.
15. Verhandlungen der Jüdischen Organisation, als Vertretung der ausländischen Judenheit, mit den osteuropäischen Landesregierungen.

IV. Durchführung des Reformprogrammes.

16. Vermeidung der Spaltung der Zionistischen Organisation.
17. Sammlung aller Freunde der Reform im Rahmen eines „Freien Blocks der Neuzionisten“.
18. Kampf um den neuen Kurs innerhalb der Landsmannschaften, der Föderationen und des Kongresses.
19. Zusammensetzung der zionistischen Leitung aus Anhängern des Reformprogrammes.
20. Weitere Verwendung der bisherigen Mitglieder der zionistischen Exekutiven, mit der Maßgabe, daß Gegner der neuen Richtung nur im Bereiche der Propaganda und Verwaltung wirken dürfen.

Nachwort.

Die zionistische Opposition.

1. Während der Zeit, die die Niederschrift und Drucklegung dieser Arbeit in Anspruch nahm, erschienen mehrere bemerkenswerte, dem gleichen Fragenkomplex gewidmete Kundgebungen. Ein kurzer Hinweis auf deren Hauptinhalt wird die Orientierung über den Stand und die Richtung der Reformbestrebungen erleichtern. Auch muß vom Standpunkt der vorliegenden Schrift zu parallellaufenden Reformbemühungen Stellung genommen werden.

2. Man kann die oppositionellen Äußerungen in gewisse Gruppen zusammenfassen. Die einen betonen hauptsächlich die eigentlichen, tiefsten, auch in dieser Schrift hervorgehobenen Ursachen der kritischen Lage des Palästina-Werkes: die verfehlte Politik der zionistischen Leitung, welche diplomatische Augenblickserfolge höher stellt, als die Bemeisterung der primären Faktoren einer erfolgreichen Palästina-Politik. Diesen Punkt haben Buber in der Monatsschrift „Der Jude“, Klatzkin und Goldmann in den „Freien Zionistischen Blättern“ mit aller Schärfe beleuchtet. Es wäre Pflicht der zionistischen Leitung gewesen — führt Buber aus — für den Augenblick des Kriegsendes eine großzügige, systematische Kolonisation vorzubereiten, und die feste Vereinbarung realer Zugeständnisse, die die lebensnotwendigen Bedingungen unserer Palästina-Arbeit sichern, herbeizuführen. Gleichzeitig hätte sie schon damals auf dem Wege direkter Verhandlungen eine wirtschaftliche und politische Verständigung mit den Arabern anstreben sollen. Statt dessen hat sie ihre Anstrengungen auf eine Ziel-Deklaration konzentriert, die sich als Rahmenerklärung ohne konkreten Inhalt entpuppt hat. Wir haben zu fordern, was wir benötigen, um arbeiten zu können, nicht mehr und nicht weniger. Die Politik der Proklamationen, die Erstrebung von Rechten, die wir nicht

unmittelbar zu realisieren vermögen, kann uns nur schaden, da sie uns durch die Enthüllung unserer Ohnmacht diskreditiert.

Aehnliches verlangen Klatzkin und Goldmann: Die Bundesgenossenschaft mit dem arabischen Volk muß die Grundposition der jüdischen Palästina-Politik bilden. Weg mit den Sensationsnachrichten, die das jüdische Volk zu unbegründeten Hoffnungen verleiten. Befreit uns von der Herrschaft der Diplomatie und ihren verlogenen, nationalen Posen!

2. Im Vordergrund der Erwägungen zweier westeuropäischer Oppositionsgruppen, der französischen und der holländischen, stehen die Probleme der Reorganisation der zionistischen Leitung und Verwaltung: Die Beseitigung der Kliken-Oligarchie, der Hypertrophie der Beamten-schaft, der finanziellen Mißwirtschaft, der verfehlten Methoden des Palästina-Aufbaues. In diesen Bestrebungen werden die genannten Gruppen aufs Nachdrücklichste durch die um den „Binjan Haarez“ sich scharenden deutschen Oppositionskreise unterstützt. Auch die Broschüre von Heinrich Margulies „Die zionistische Finanzwirtschaft“ verfolgt die gleichen Ziele.

4. In den Resolutionen der ersten interterritorialen Oppositions-Konferenz im Haag werden hauptsächlich nachstehende Forderungen aufgestellt: Reorganisation der Leitung nach dem Prinzip der Inkompatibilität der Funktionen und dem der persönlichen Tüchtigkeit, nicht der Parteizugehörigkeit. Errichtung von Kontrollorganen für die wirtschaftliche und politische Tätigkeit. Durchführung des wirtschaftlichen Aufbaues durch besondere Körperschaften, nicht durch die Zionistische Organisation. Keine Zentralisierung der Sammlungen, sondern Bildung von speziellen Fonds für die einzelnen Zwecke.

Auch Margulies verurteilt die Methoden des Keren Hajessod. Er deckt die Machenschaften auf, die zur Schaffung dieses neuen, zentralen Sammlungsfonds unter Hintanstellung berufener Institutionen, wie des Nationalfonds und des Jewish Colonial Trust, führten und im Grunde nicht anderes bezweckten, als die Rettung der bedrohten Position einer bestimmten Beamtenklique. Margulies verlangt die Uebertragung aller nicht rentablen, gemeinnützigen Investitionen an den Nationalfonds, während ein neues Bankinstitut, dem der Charakter einer „Holding Company“ zu verleihen wäre, das eigentliche Instrument wirtschaftlicher Kolonisation werden sollte.

5. Worin alle genannten Gruppen und Persönlichkeiten übereinstimmen, ist die Forderung der Gewinnung der jüdischen Gesamtheit für die Mitarbeit an dem Aufbau Palästinas. Während jedoch Margulies noch bei der, meines Erachtens undurchführbaren, Idee verharret, die Zionistische Organisation zu einer Vertretung des gesamten jüdischen Volkes zu erweitern, macht die Haager Konferenz einen Schritt nach vorwärts auf dem Wege der Realpolitik, indem sie die Heranziehung der nichtzionistischen jüdischen Körperschaften und Organisationen in ihr Programm aufnimmt.

In diesem Zusammenhange ist auch auf die amerikanische Sezession, die sog. Brandeisgruppe, hinzuweisen, welche nur in der Anregung und Zusammenfassung der Privatinitiative zu praktischen wirtschaftlichen Unternehmungen in Palästina eine tatsächliche Förderung der jüdischen Heimstättebestrebungen erblickt und die Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen ablehnt.

Es muß betont werden, daß hinsichtlich des letzten Punktes zwischen der amerikanischen und der westeuropäischen, insbesondere der französischen Opposition, eine starke Divergenz besteht.

6. In Paris führt man die Wirkungslosigkeit der sog. „diplomatischen Erfolge“ nicht auf unsere wirtschaftliche Ohnmacht in Palästina und die extreme, vorzeitige politische Zielstellung zurück, sondern auf das mangelnde Geschick der gegenwärtigen zionistischen Führer. In dieser Auffassung dürfte die Pariser Gruppe wohl vereinzelt dastehen. Wer sich nicht greifbaren Tatsachen verschließen will, wird besonders nach dem Auftreten Northcliffes und seiner Presse sich dessen voll bewußt werden, daß bei den gegebenen Kräfteverhältnissen und der politischen Konstellation in Palästina eine extreme Judenstaat-Politik, eine Politik der „starken Faust“, nur die eine Aussicht haben kann, Palästina für die jüdischen Bestrebungen vollständig zu verriegeln. Oder glaubt man wirklich, daß es möglich ist, die Araber aufs tiefste zu verletzen und zu beunruhigen, gleichzeitig aber durch eine „geeignete Vertretung“ sie zu einem freundnachbarlichen Verhältnis zu bringen?

7. Zu den Fragen der Diaspora haben der „Binjan Haarez“ und die westeuropäischen Oppositionsgruppen in der Haager Konferenz Stellung genommen. Sie erheben die Forderung, daß die Zionistische Weltorganisation als solche sich an diesen Fragen prinzipiell desinteressiere, sie der Entscheidung der Landesorganisationen vollständig

überlasse und sich selbst ausschließlich auf das Palästina-Werk beschränke. Aus den in der vorliegenden Schrift ausführlich dargelegten Gründen erscheint mir eine solche Stellungnahme ungenügend. Sie würde nicht eine Lösung des Diaspora-Problems, sondern eine schwere Gefährdung desselben bedeuten.

8. In diesem Bilde der Reformbestrebungen wird man ein wichtiges Moment vermissen. Gibt es keine Gruppe, die das Problem der Wiedergeburt des jüdischen Volkes in Palästina seiner tiefsten, historischen Bedeutung nach erfassen, die die geistige und ethische Vorbereitung des zeitgenössischen Geschlechtes für das nationale Restaurationswerk und die mit demselben eng verknüpfte Weltsendung der Judenheit ernstlich erstreben würde? Gibt es niemanden, dem die Sorge um die überlieferte jüdische Idee noch höher stünde als die Fragen der Politik, der Organisation und der Finanzen? Sicherlich gibt es solche Männer. Sie werden unter den Freunden von Achad Haam, des „Juden“ und der „Freien Zionistischen Blätter“ zu finden sein; auch der „Daniel-Bund“ (München) hat sich die ethische Erneuerung des Judentums als Vorbereitung seines Wiederauflebens in Palästina zur Aufgabe gemacht. Aus diesen Kreisen, aber auch aus jenen einer erleuchteten Orthodoxie werden sich die Pioniere eines inneren Neuaufbaues der Judenheit rekrutieren.

9. Wie stellt sich nun die zionistische Leitung zu dem von der Reformbewegung aufgerollten Fragenkomplex, zu den Reorganisationsvorschlägen und Warnungen? Sie arbeitet mit zwei Schablonen, die sie jedes tieferen Eindringens in die meritorische Seite aller Einwände entheben. Wer von den schädlichen Wirkungen ihrer extremen Politik spricht und eine gemäßigte Richtung befürwortet, wird als Feind des Zionismus, des jüdischen Nationalismus, ja der Judenheit überhaupt hingestellt. Wer innere Reorganisation vorschlägt, wird als Verräter an dem Heimstätte-Werk gebrandmarkt, das die Vereinigung aller Kräfte zur Unterstützung der offiziellen zionistischen Aktion verlange und durch jegliche Kritik, die nur Zersplitterung schaffe, geschädigt werde.

Die Advokaten der Zionistischen Leitung mögen sich gesagt sein lassen: Wenn das Haus brennt, müssen Rettungsvorkehrungen getroffen werden, ohne Rücksicht darauf, daß die Löscharbeiten, die das Ganze retten, kleine Schäden anrichten.

10. Wir haben gesehen, daß in den Reihen der Opposition zurzeit noch keine volle Uebereinstimmung herrscht betreffs der Wege der Reform: weder inbezug auf die Ziele, noch inbezug auf die Taktik. Es gibt eine einflußreiche Gruppe, welche der Ansicht huldigt, daß die Opposition weder Kritik zu üben noch eine Aktion zu unternehmen nötig hätte. Die gegenwärtige Zionistische Leitung würde in sehr kurzer Zeit durch die Wirkungen ihres eigenen Vorgehens: den völligen Zusammenbruch ihrer Politik in Palästina und das Versagen ihrer finanziellen Bemühungen in der Welt, zu Falle gebracht werden. Dann würden die gesunden Tendenzen sich automatisch durchsetzen. Wer sich dieser Erwartung hingibt, unterschätzt die leitende Beamtenschaft. Sie ist so tüchtig, daß sie stets eine „verlogene nationale Posse“ finden wird, die es ihr gestattet, die unkritischen Massen nochmals zu betören und die Macht „erst recht“ in ihren Händen zu behalten.

Eine entschlossene Aktion der Opposition ist also unentbehrlich. Daß von vornherein keine restlose Meinungseinheit besteht, ist kein Hindernis, sondern ein Anlaß zu Verständigungs-Verhandlungen. Achtung und Toleranz abweichenden Anschauungen gegenüber muß zu den Grundprinzipien einer Opposition gehören, die sich gegen die terroristischen Erdrosselungsmanöver der heutigen Leitung auflehnt. Eine gemeinsame Plattform wird gefunden werden. Das hat schon der erste Versuch im Haag dargetan. Was jetzt nottut, ist die Zusammenfassung sämtlicher oppositionellen Elemente. Bei den bevorstehenden weiteren Verständigungs-Bemühungen sollte jede Gruppe bestrebt sein, auch jene Momente voll zu erfassen und zu würdigen, auf die andere Gruppen das Hauptgewicht legen. Nur so kann man zur Aufdeckung aller Schäden der zionistischen und der jüdischen Bewegung in ihren wechselseitigen Zusammenhängen gelangen. Nur so wird letzten Endes die Aufstellung eines wirklich vollständigen Reformprogrammes möglich. Für den Aufbau eines solchen Programmes will der in der vorliegenden Schrift enthaltene Entwurf als Diskussions-Grundlage dienen.

Internationaler Verlag „Renaissance“

Berlin W, Kurfürstendamm 150. — Wien, Schulz-Strassnitzky-
gasse 13. — New York, 105 Madison-Av.

Herausgeber: Davis Erdtracht

Im gleichen Verlag erschienen:

Allgemeine Abteilung:

LEONID ANDREJEW: Ein Nachtgespräch.
LEONID ANDREJEW, Tagebuch des Satan.
ILJA SURGUTSCHEW: Herbstgeigen (Schauspiel).

In Vorbereitung:

D'ANNUNZIO: Notturmo.

A. MILJUKOW (ehem. russischer Minister): **Geschichte
der zweiten russischen Revolution.**

Univ.-Prof. **J. W. Hessen** (Petersburg): **Archiv der russi-
schen Revolution.**

A. KUPRIN: Sulamith.

A. KUPRIN: Im Zirkus.

ADOLF GELBER: Josef Popper Lynkeus. Der Mann
und sein Werk.

Jüdische Abteilung:

MAX NORDAU: Die Tragödie der Assimilation (5. Aufl.).

**MAX NORDAU, ISRAEL ZANGWILL, Prof. OTTO WAR-
BURG:** Theodor Herzl und der Judenstaat. (4. Aufl.)

**PALÄSTINA, das Land der jüdischen Vergangenheit
und Zukunft,** von Prof. Dr. **CARL BALLOD, Dr. A. RUP-
PIN, J. OETTINGER** u. a.

JACOB POLJESKIN (Jaffa): **Träumer und Kämpfer**
(Pioniere des neuen Palästinas. — Ein palästinensisches
Volksbuch).

F. I. RODITSCHEW (Petersburg) und Dr. **A. NOSSIG**
(Berlin): **Bolschewismus und Juden.**

NAHUM SOKOLOW: **Geschichte des Zionismus.** (Illuſtr.)
Vorrede von A. J. Balfour, englischer Minister des Äußern.

NAHUM SOKOLOW: **Der neue Jude.**

Ingenieur **JOSEF TISCHLER** (Jaffa): **Die Zukunft der
jüdischen Heimstätte.** (Wiederaufbau Palästinas.)

In Vorbereitung:

NAHUM SOKOLOW: **Geschichte des Zionismus** (Bd. II).

Druck von C. Schulze & Co., G. m. b. H., Gräfenhainichen.